

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

259 (5.11.1913) Erstes Blatt

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 s, vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 s; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich. Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 11 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481. Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 s. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 11 Uhr vorm. für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gerd & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Zum Ausfall der Landtagswahlen

Schreibt Genosse Dr. Frank der „Chemnitzer Volksstimme“:

Der Verlust von 7 Mandaten ist für uns gewiß schmerzhaft. Aber wir mußten seit vier Jahren, daß unser Wahlstand unmöglich gemacht werden konnte. Wir hatten 1909 im Sturm der Finanzreform zehn Sitze aus eigener Kraft erobert. Dazu kamen im zweiten Wahlgange fünf Bezirke, die uns durch das Bündnis mit den liberalen Parteien zufielen, und die fünf übrigen Kreise holten wir durch die mehr oder weniger offene Unterstützung des Zentrums. Nachdem festgestellt, daß dieses Mal zur Abwechslung die schwarzen Truppen gegen die Sozialdemokratie kommandiert würden, mußten wir mit einem Verlust von mindestens 5 Kreisen rechnen. Durch Neueinteilung der Wahlkreise und durch die Eingemeindung eines großen Arbeiterortes, der bisher für uns über 500 Stimmen abgegeben hatte, waren zwei weitere Kreise (Karlsruhe 4 und Erlangen-Maitatt) sehr unsicher geworden. Wir mußten erwarten, unter den geänderten Verhältnissen so zurückgedrängt zu werden, wie es geschah. Aber die Parteigenossen im Reich wurden durch etwas anderes beunruhigt, durch unseren Stimmenrückgang. Während wir 1909 86 835 Stimmen erhielten, hatten wir 1913 nur 74 638. Gewiß bedauerlich! Aber dieser Verlust von 11 440 Stimmen sieht sich anders an, wenn wir die Ziffern von 1905 zum Vergleich heranziehen. Damals bekamen wir nur 50 431 Stimmen. Wir sind also in 8 Jahren um mehr als 24 000 Stimmen gestiegen. Die Bewegung dieser Ziffern war für diesen Zeitraum bei den anderen Parteien nicht so günstig. Das Zentrum erhielt 1905 125 435 Stimmen, 1913 nur 116 153. Die Nationalliberalen hatten 1905 89 393 Stimmen, 1913 nur noch 73 994. Die Fortschrittliche Volkspartei hatte 1905 16 536 Stimmen und wuchs 1913 auf 30 310. Die Konservativen aller Schattierungen hatten 1905 11 146 Stimmen, 1913 30 343. Hier muß aber berücksichtigt werden, daß in mehreren Wahlkreisen das Zentrum seine Wähler zu den Konservativen abgewandten ließ. Während wir 1905 17 Prozent der Abstimmenden auf unsere Kandidaten vereinigten, waren es 1913 schon 22,3 Prozent.

Die Sozialdemokratie hat nichts unversucht gelassen, aus den ihr 1909 zugefallenen neuen Wählern wirkliche Parteigenossen zu machen. Daß es ihr bei einem erheblichen Teil nicht gelungen ist, darf nicht überraschen. In Baden gibt es mehr als 40 000 Tabakarbeiter. Der größte Teil davon lebt auf dem Dorfe oder in kleineren Landstädten. Die Löhne sind sehr niedrig. Daß Männer nur 12 bis 15 M. Wochenverdienst haben, ist keine Seltenheit. Die gewerkschaftliche Organisation macht bei dieser Glanzindustrie nur geringe Fortschritte. In den katholischen Gegenden konnte sich die christliche Gewerkschaftsbewegung einmischen. Die Erregung über die Tabaksteuer und die Angst vor der Arbeitslosigkeit führte uns 1909 einen großen Teil dieser Arbeiter-schichten zu. Andere, die früher zur treuen Gefolgschaft des Zentrums gehörten, brachen ihre Entrüstung durch Wahlenthaltung zum Ausdruck. Wir haben nur einen Teil dieser Leute bei uns halten können. Ihre Not ist so groß, daß wir unserer Presse und unserer Organisation bei ihnen keinen Eingang schaffen konnten. Sie wurden wieder, was sie vorher gewesen waren, Schachfiguren in der Hand geistlicher Spieler. Auch eine mächtige Gruppe von Angehörigen hat sich von uns abgewandt. Wir hatten bisher unter unseren Wählern eine erhebliche Zahl von Eisenbahnbeamten. Obwohl wir auch auf dem letzten Landtag mit größter Energie ihre Gehaltsinteressen verfochten hatten, verließen sie uns in hellen Scharen. Sie waren durch die Vorgänge in Bayern verängstigt. Die widerlichen Denunziationen, die täglich in der Zentrumspresse gegen die politisch verdächtigen Beamten gerichtet wurden, übten schließlich die beabsichtigte Wirkung, die Eisenbahner wurden eingeschüchtert und gingen aus Angst vor Spitzeln in das Lager der Gegner. In rein ländlichen Gegenden endlich litten wir sehr unter der heillosen Religionshege, die entacht wurde. Wir traten offen, wie immer, für die Trennung von Staat und Kirche ein. In die Zentrums-sprache überlegt hieß das, daß die „Glockenstränge abgesehnitten“ und „die Farrer mit Schimpf und Schande aus der Schule gejagt“ werden sollten. Dazu kam die „Dotationsfrage“. In Baden haben die Kirchen Besteuerungsrecht. Daneben aber gibt der Staat freiwillig Zuschüsse zur Aufbesserung gering besoldeter Geistlicher. Diese sogenannten Dotationen betragen jährlich 300 000 M. für die Protestanten und 350 000 M. für die Katholiken. Der nächste Landtag hat darüber zu entscheiden, ob das ablaufende Dotationsgesetz wieder verlängert werden soll. Wir Sozialdemokraten waren und sind natürlich Gegner der Verlängerung. Die Bauern aber befürchteten von einer Abschaffung der Dotationen die sichere Erhöhung der drückenden Kirchensteuer und

bekämpften uns mit großer Erbitterung, unter Führung der Geistlichkeit. Nachdem einmal durch diese Kirchenfragen die religiösen Leidenschaften geweckt waren, traten die wirtschaftlichen Interessen in den Hintergrund, zum Nachteil unserer Partei. Das zeigte sich nicht bloß in katholischen Gegenden. Unsere Redner wurden von evangelischen Wählern wiederholt angegriffen, weil unsere Reichstagsfraktion für die Aufhebung des Jesuitengebietes gestimmt habe. Wir blieben ja die Antwort nicht schuldig, aber die Tatsache bleibt bestehen, daß der religiöse Fanatismus beider christlicher Konfessionen uns gefährlich wurde.

In den Städten verloren wir zahlreiche Wähler durch den Eindruck der Jahrhundertfeier. Unmittelbar vor der Wahl vom 21. Oktober waren im ganzen Lande offizielle Veranstaltungen zur Erinnerung an die Schlacht von Leipzig. Die Beteiligung war außerordentlich groß. Durch Feuerwerk und Musik wurden die Massen angelockt. Bei diesen Gelegenheiten was es den Festrednern leicht, Stimmung gegen die Sozialdemokratie zu machen. In Bitzen, die gegen uns verwendet werden konnten, fehlte es nicht. Ein Genosse soll im Gemeinderat von Kaiserslautern erklärt haben, es sei noch gar nicht ausgemacht, ob es unter französischer Herrschaft nicht besser ginge als im Deutschen Reich. Solche bedauerlichen Entgleisungen müssen das Nationalgefühl empfindlich verletzen, und das Zentrum verhielt sich frupplos die nationalstimmigen Zustände auf — es kam herab auf das Niveau der Massenantijemiten und des Reichsverbandes. Die schwarzen Demagogen trieben auf den Dörfern politischen Mißbrauch mit der Religion, in den Städten mit dem Begriff der Nation. Die unerhörte Hege, gegen die wir uns wehren mußten, kann nicht mehr überboten werden und wird sich in ihren Wirkungen bald gegen ihre Urheber hehren. Wir sind nicht einmütig. Wir werden sorgfältig prüfen, wo unsere Klüffungen schadhast und unsere Waffen scharf sind, und energisch die Arbeit für unsere Organisationen aufnehmen. Heute aber darf schon gesagt werden: Wer es sich bequem macht und einmisch im „Großblock“ die Fehlerquelle sieht, kennt die Verhältnisse nicht. Baden gehörte 1907 trotz „Großblock“ zu den wenigen Gebieten, in denen die Sozialdemokratie Fortschritte machte. Und 1912 hatten wir noch einer 7 Jahre dauernden „Großblockpolitik“ einen gewaltigen Stimmengewinn. Man kann auch nicht behaupten, daß, wie in Belgien, die Liberalen in größerer Zahl zu den Merkmalen abmarchiert sind; mit ganz wenigen Ausnahmen haben die Nationalliberalen und Fortschrittler musterhafte Disziplin gehalten und ihre Stimmen, wo sie dazu verpflichtet waren, den sozialdemokratischen Kandidaten zugeführt. Da aber durch die sogenannte „Wackeraktion“ die Liberalen ohne direkte Gegenleistung von dem Zentrum gegen uns unterstützt werden, so werden wir in Zukunft noch mehr als bisher die eigene Kraft angewiesen sein, ohne dabei auf das taktische Zusammenwirken mit anderen Parteien zu verzichten. Nach vier Jahren sprechen wir uns wieder.

Essen und Zoffen.

In das Getriebe der kapitalistischen Wirtschaft eröffnen die Prozesse dieser Tage tiefe Einblicke. Zwei der schlimmsten Bedrücker des Volkes, die Rüstungsindustrie und die Terrainspekulation, sitzen auf der Anlagelbank. Wir bilden in das Räuberwerk des großen Mechanismus, der auf der einen Seite die Reichen immer reicher macht, auf der anderen Seite das Lebensniveau der Massen unter ständigem Druck hält. Die Rüstungsindustrie belastet jeden Einzelhaushalt mit wachsenden Steuern, der Grundstücksandel schädigt die Allgemeinheit durch hinaufstreifen der Preise für die zu öffentlichen Zwecken notwendigen Terrains, er schädigt alle Einzelnen durch Erhöhung der Grundstückspreise, die eine Erhöhung der Wohnungsmieten wie der Lebensmittelpreise zur Folge hat. Wenn in dem einen Fall die Jagd nach Aufträgen zu den bedenklichsten Korruptionsercheinungen geführt hat, wenn in dem anderen Fall durch ein noch nicht genügend aufgeklärtes Zusammenwirken von Amtspersonen und kapitalistischen Profitjägern, das Reich und eine Reihe blutärmer Gemeinden um ungeheure Beträge geschädigt wurden, so sind das trasse Auswüchse von der Art, wie man sie im Lager der Verteidiger der bestehenden Ordnung als „bedauerliche Einzelfälle“ zu registrieren pflegt. Aber diese Einzelfälle wurzeln im System und die Schäden, die dieses System der Volkswirtschaft zufügt, sind unendlich wichtiger als die gelegentlichen Immoralitäten einiger Industriedirektoren oder Terrainspekulanten.

Der Gewinn, den das Haus Krupp aus seinem Spionage- und Bestechungssystem zog, ist ziffernmäßig nicht festzustellen und wahrscheinlich überhaupt nicht feststellbar. Die auf ihre Entlastung bedachten Direktoren bezeichnen ihn als überaus gering. Aber so groß oder so klein dieser Vorteil auch sein mag, auf alle Fälle bildet er nur einen geringen Bruchteil der gewaltigen Summen, die alljährlich aus den Händen der Steuerzahler in die Taschen der privaten Rüstungsindustrie fließen. Und wenn auch im Fall des Joffener Schießplatzes Millionen in moralisch ähnerst ansehnlicher Weise „verdient“ worden sind, so sind sie wiederum nur ein herabwürdigendes Summchen im Verhält-

nis zu dem furchtbaren Tribut, den die Masse des Volkes alljährlich den Eigentümern des Grund und Bodens und deren Gläubigern zu entrichten hat.

Der Fall Krupp zeigt in auffälliger Weise, zu welchen Konsequenzen es führt, wenn das Reich seinen Massenkonsum an Zerstörungsmitteln bei privaten Firmen deckt, wenn Kanonen, Gewehre usw. als Ware hergestellt und behandelt werden. Der Fall Krupp schreit nach der Verstaatlichung der Rüstungsindustrie.

Auf der anderen Seite liefert uns der Fall Joffen ein kraffes Beispiel für die Folgen eines Systems, unter dem auch das unvermehrte Gut des Volkes, der Grund und Boden, zu einer Ware erniedrigt wird, die man kauft und verkauft wie Varchent oder Rattun, die mit der Konjunktur steigt und fällt — in Wirklichkeit aber immer nur steigt — und mit ihrem steigenden Preise die Kosten aller Lebensbedürfnisse steigert. Der Fall Joffen ist ein Beweis für die Notwendigkeit, den Grund und Boden in den Besitz der Allgemeinheit überzuführen.

Die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, die Nationalisation von Grund und Boden sind beides Forderungen, die in der Richtung zum Sozialismus liegen. Sind sie deshalb vielleicht „utopistisch“? Für die Rüstungsindustrie erledigt sich die Frage wohl von selbst, denn heute ist kaum noch ein Mensch im Zweifel darüber, daß das Reich sehr wohl imstande ist, seine Waffen in reichseligen Betrieben herzustellen. Entbehren doch unsere großen Rüstungsfabriken ganz der persönlichen Leitung durch den Unternehmer, die nach den Lehren des frühkapitalistischen Zeitalters für den Erfolg eines Unternehmens unentbehrlich sein sollte. In organisatorischer Beziehung bedeutet die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und anderer kapitalistisch konzentrierter Industrien heute schon gar nichts anderes mehr als die Erzeugung einer Bureaufkratie durch eine andere Bureaufkratie. Aber an Stelle einiger weniger Eigentümer übernimmt dann die Öffentlichkeit, das Parlament, die vordringende Demokratie die Aufsicht über die Betriebsverwaltung und die Industrie hört auf, privaten Besitzern von Produktionsmitteln tributpflichtig zu sein.

Komplizierter als das Industrieproblem ist das Landproblem. Aber so sehr man auch über seine Einzelheiten streiten kann, so deutlich treten auch hier die großen Wahrheiten des sozialistischen Prinzips in Erscheinung. Die Notwendigkeit des Erwerbs großer Territorien durch öffentliche Körperschaften und durch Gemeinden wird kaum mehr ernstlich bestritten.

Und ebenso werden die durch die freie Veräußerbarkeit von Grund und Boden hervorgerufenen Preissteigerungen heute schon von konservativer Seite als schwere wirtschaftliche Schädigungen anerkannt. Nur wie die bisher schrankenlose Freiheit des Grundeigentums, die auch die Freiheit der Veräußerung in sich schließt, einzuschränken sei, das ist die Frage. Im Osten des preussischen Staates hat man diese Frage beinahe ausschließlich auf dem Wege der Zwangsenteignung durch den Staat zu lösen versucht, ein Versuch, der die volle Billigung der Sozialdemokratie fände, wenn er nicht in Form eines politisch unmöglichen und darum unwirksamen nationalen Ausnahmegesetzes vorgenommen worden wäre.

Im Augenblick handelt es sich nicht darum, das System einer deutschen Landreform im Einzelnen auszuarbeiten. So weit sind wir ja leider noch nicht. Für heute genügt die Erkenntnis, daß sich die Sozialdemokratie mit ihren Lösungsvorschlägen auf dem grundräßig richtigen Wege befindet. Es wäre schon viel, wenn jene Massen des Volkes, die der Sozialdemokratie noch fernstehen, an den Beispielen von Essen und Zoffen erkennen würden, daß die sozialdemokratische Kritik an dem System des kapitalistischen Privateigentums und der kapitalistischen Warenproduktion berechtigt ist.

Daß ein paar Kruppdirektoren krumme Wege gegangen sind, und daß sich beim Joffener Schießplatzprozeß einige beamtete und nichtbeamtete Freibeuter zum Schaden der Allgemeinheit in der unerschämtesten Weise bereichert haben, das sind — für sich allein betrachtet — Sensationen, die der Tag bringt und nimmt. Erst durch die Erkenntnis ihres Zusammenhangs mit dem Ganzen unseres volkswirtschaftlichen Systems gewinnen diese Fälle grundsätzliche Bedeutung, werden sie zum Ausgangspunkt fruchtbarer Kritik und zum Anlaß ernster Verbesserungsvorschläge. Man kann aber diese neuesten üblen Erscheinungen des Tages nicht fruchtbar kritisieren, ohne sie sozialistisch zu kritisieren, und man kann keine ernsten Vorschläge zur Besserung machen, ohne einen herzhaften Schritt in der Richtung zum Sozialismus zu wagen.

Die Korruptionskandale sind nicht der Ausfluß der moralischen Minderwertigkeit einzelner Personen, sie sind die unvermeidliche Begleitererscheinung der kapitalistischen Entwicklung in allen Ländern der Welt. Es hilft gar nicht, ihre eitrigen Schwären zu verstopfen, es hilft sehr wenig, sie mit dem oft allzu stumpfen Messer der Justiz auszukratzen, denn sie sind nicht die Krankheit selbst, sondern nur die immer wieder hervorbrechenden Zeichen einer Krankheit, der nicht mit Moralisterei beizukommen ist, sondern nur mit sozialistischer Gesellschaftskritik. Diese Skandale sind allarmierende Symptome. Sie rütteln auf und lehren denken.

er Bösen 74. 4.50 0.00 8.00 8.00 8.00 8.00 5.00 4511 rechnet. achers sion ebertran onden Salzen ionsmarke chendem hmack, eugend, mmlich ger, Sopniae Max Straus, hardtstr. 21. 22. Nov. 1. L. 10. M. se je 25. s. -Unternehmer mer 17. Hauptstr. 41. E. Flüge

Der Gipfel des Idiotismus.

Der Sprecher (das ist der Präsident) des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Champ Clark, hat ein treffliches Wort gesagt. Auf seine und des Führers der Opposition Veranlassung beschäftigte sich das Haus mit dem Vorschlag des englischen Marine-Ministers Winston Churchill, die im Flottenrüstern miteinander rivalisierenden Staaten sollten ein Feierjahr eintreten lassen. Herr Clark befürwortete den Vorschlag Churchills und sagte, die Vereinigten Staaten sollten nicht zögern, den Vorschlag in die Tat umzusetzen.

Die gegenwärtige internationale Rivalität im Flottenbau sei der Gipfel des Idiotismus.

Der Mann hat, menschlich gesprochen, durchaus recht. Kapitalistisch gesprochen, liegt aber ein tiefer Sinn in diesem Idiotismus. Er füllt die Lücken der modernen Industrieraubritter und darum müssen sich die Staaten scheinbar idiotisch betragen.

Deutsche Politik.

Preußen hemmt die mecklenburgische Verfassung!

Wie die „Tägliche Rundschau“ von „unterrichteter Seite“ erfährt, hat die Frage der mecklenburgischen Verfassung bereits den Gegenstand eines Meinungsaustrausches zwischen der Reichsleitung und der mecklenburgischen Regierung gebildet. Das Ergebnis dieses Meinungsaustrausches war das, daß die Reichsleitung keine Genehmigung zeigte, die mecklenburgische Verfassungsfrage durch die Reichsinstanzen lösen zu lassen. Der Gedankengang der maßgebenden Stellen ist dabei folgender: Wenn eine Verfassung aufgehoben würde, so stünde nach der Reichsverfassung den Städten das Recht zu, über die Rechtsgültigkeit des neuen Verfassungsgesetzes die Entscheidung des Bundesrats anzurufen. Der Bundesrat wäre gezwungen, falls eine glückliche Einigung nicht gelänge, ein Gutachten etwa des Reichsjustizamtes einzufordern und demgemäß seine Entscheidung zu treffen. Würde das Gutachten eine Geleghenheit feststellen so bliebe dem Bundesrat kein anderer Weg, als der der Reichsregierung, d. h. Bundesrat und Reichstag müßten sich über einen Verfassungsentwurf für Mecklenburg einigen. Bei der heutigen Zusammenfassung des Reichstags wäre nun die Möglichkeit gegeben, daß ein Verfassungsentwurf zustande käme, daß die mecklenburgischen Regierungen ablehnen müßten, da es nicht an geschichtliche Entwicklungen anknüpft, sondern auf demokratischer Grundlage aufgebaut wäre. Auf diese Weise würden die Schwierigkeiten ins Ungemessene vermehrt werden. Man ist daher von dem Gedanken, das Reich mit hineinziehen, vollständig abgekommen.

Der Reichskanzler wollte offenbar kein Präjudiz geschaffen wissen, damit nicht auch einmal Preußen auf dem Umweg über den Reichstag zu einem anständigen Wahlrecht kommt. Preußen will nicht — deshalb muß die mecklenburgische Regierung sich dem Diktum eines ausgeachteten Junkertums fügen.

Folgen des Krupp-Prozesses.

Im belgischen Parlament wird der Krupp-Prozess inforn ein Nachspiel haben, als ein Abgeordneter eine Interpellation beabsichtigt, in der vom Kriegsminister Aufklärung über die Beziehungen verlangt wird, die zwischen Herrn v. Meulen und der belgischen Regierung bestanden haben. Die Belgier behaupten, minderwertiges Material zu teuren Preisen von Krupp geliefert erhalten zu haben. Meulen hat im Krupp-Prozess ausgesagt, daß seine Bezüge in Belgien 25.000 Mk. pro Jahr betragen haben und der Interpellant will nun wissen, ob mit diesem Gelde Bestechungen verübt worden sind.

Der sozialdemokratische Willkommgruß an den Welfenherzog.

Am Sonntag fand in Braunschweig eine außerordentlich stark besuchte Volksversammlung statt, die zur Thronbesteigung des kaiserlichen Schwiegersohnes Stellung nahm. Genosse Richard Wagner be sprach unter lebhaftem Beifall die politischen Vorgänge und protestierte gegen Verwendung der Steuermittel zu byzantinischen Zwecken. Die Versammlung faßte einstimmig eine Resolution, in der es u. a. heißt:

Die flüchtigen.

Roman von Anton Hendrich.

33

(Fortsetzung.)

Der Zug raste vorüber an Dörfern, Städten, Wäldern und an Matten mit lautenden Viehherden, und Georg sah die wenigen Tage seines ersten Aufenthalts im Zweilüschental wieder.

Dort wachte er an einem breiten, schäumenden Wildbach einen Grasgarten mit einem alten Birnbaum darin. Durch dessen Zweige leuchteten die Firne der höchsten Eisberge und an seinem stärksten, fast wagrechten Ast trug er eine Schaufel, darauf er sich früher einmal während langer Ferienmittage das Leben verschönt hatte, worin er sich als kleiner Dube im Schlaf so oft geübt, und er kannte kein größeres Vergnügen, als unter dem alten Birnbaum in Zweilüschentälchen zu schlafen. Wie oft war er so stark geschaukelt, daß der alte Birnbaum sich schüttelte und ihm zuflüsterte: Jetzt noch ein bißchen stärker, dann brichst, und du liegst gerade in den Wassern des Stauabachs, den du fast so sehr liebst wie mich und der in weichen, wallenden Schleiern sich von der Mürrerener Alp herniederläßt ins Lauterbrunner Tal.

Aber es brach nie etwas. Denn der Birnbaum im Grasgarten des Zweilüschentals war immer ein alter, ehrlicher Kerl und für feste Stride hatte der Sägmüller schon geforgt, dem der Birnbaum und der Grasgarten und die alte Säge gehörte, die zu dem Rauischen der Lüschinne immer ihr einträgliches schönes Lied sang, während sie die knorrigen Eichenstämme gleichmäßig in schöne, gleich dicke Bretter schnitt.

Es gibt nichts ruhigeres und pflichthafteres auf der Welt als eine Sägemühle. Alles geht da seinen sicheren Weg, der Stamm mag noch so krumm gewachsen sein. Es hilft nichts, die Säge zeigt sich schon. Da ist keine Ueberstürzung, keine Illusion, keine Aufregung. Seltenruhig spuckt die Säge das Sägemehl aus, das ihr zwischen die Zähne kommt und sagt bei jedem neuen Schnitt trocken: Ja, ja, ja, ja, so ist das Leben! Mir geht keiner durch! Es kommt immer so, wie es muß!

Die Versammelten erklären sich für die Republik und gegen die Kleinstaaterei. Sie erkliden aber die nächste Aufgabe der aufgeregten Arbeiterkraft in der Erklämpfung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechts. Sie geloben, diesen Kampf mit aller Kraft und allen Mitteln durchzuführen.

Die Versammelten erklären die Bewilligung der hohen Zwiilliste für einen Verrat an den Interessen des Volkes, zugleich protestieren sie gegen die Vergewandung öffentlicher Mittel zu byzantinischen Empfängen.

Die Versammlung hatte ein außergewöhnliches Polizeiaufgebot auf die Beine gebracht. Es wurden auch einige Teilnehmer verhaftet, weil sie die Marfellase fangen. Sonst fanden die mit Revolvern bewaffneten Polizisten nichts zu tun.

Die Nationalliberalen an der Arbeit.

Das Nationalliberale Zentralwahlkomitee der Provinz Westfalen hat noch Vorträgen der Abgeordneten Fuhrmann und Girsch folgende Entschliehung einstimmig angenommen:

Das Nationalliberale Zentralkomitee der Provinz Westfalen hält eine gesetzliche Regelung des stärkeren Schutzes der Arbeitswilligen für ein dringendes Bedürfnis. Die Erfahrungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, insbesondere im letzten großen Bergarbeiter-Ausstand, haben gezeigt, daß unter den gegenwärtigen Rechtszuständen alle nichtsozialdemokratisch organisierten Arbeiter einem unerträglichen Druck einer radikalen Minorität preisgegeben sind. Das freie Recht der Arbeitsbelästigung ist eine notwendige Voraussetzung der Koalitionsfreiheit. Im gemeinsamen Interesse der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer erhofft daher die Nationalliberale Partei Westfalens von der in Wiesbaden eingesetzten Kommission unserer Reichstagsfraktion eine Förderung dieser immer brennender werdenden Frage.

Die Nationalliberalen, die sich von den Herren Girsch und Fuhrmann belehren lassen, sollten sich wenigstens nicht auf die Erfahrungen des letzten Bergarbeiterstreiks berufen. Man sollte meinen, die Urteile, die im Anschluß an diesen Arbeitskamps gefällt worden sind, beweisen, daß auch ein sehr anpruchsvoller Scharfmacher mit den bestehenden Gesetzen zum Schutz der Arbeitswilligen zufrieden sein kann. Im übrigen ist es ja verständlich, daß die Fuhrmann-Liberalen gerade jetzt ein besonders lautes Gejammer über den Terrorismus erheben. Sie wollen damit einen Druck auf die in Wiesbaden von der nationalliberalen Reichstagsfraktion eingesetzte Kommission ausüben.

Ausland.

Amerika.

Sozialismus und Kirche. Die Bischöfliche Protestantische Kirche, die reichste in den Verein. Staaten, die der englischen Staatskirche entspricht, hielt in Newpor ihre Konvention ab. Voraus ging eine Prosektion, in der die drei der Socialist Party angehörigen Bischöfe: Spaulding von Utah, Williams von Michigan und Miles, Neujersee, großes Aufsehen erregten. Eine Anzahl Geistliche erhielten eine besondere Konferenz ab und gründeten eine sozialistische Liga der Kirche. Dort wurde beschlossen, der Konvention eine Tagesordnung vorzulegen, die vor einigen Jahren in England einer anglikanischen Konferenz vorgelegen hatte. Sie sagt u. a.: „Die Konvention erkennt das Ideal der Brüderlichkeit an, das der sozialdemokratischen Bewegung zugrunde liegt. Sie gebietet der Lehre des Herrn, die den unerschütterbaren Wert jedes Menschenwezens vor Gott lehrt, und fordert, daß die Kirche dieser Bewegung, deren Ziel gleiche Behandlung und wahrhaft menschliche Existenz für jeden ist, weitestente Sympathie entgegenbringe.“

Badische Politik.

Die Arbeiten des badischen Landtags.

Der Ende November zusammentritt, werden nicht so umfangreich sein, wie die seiner letzten Vorgänger. Wie der „Straßburger Post“ aus Karlsruhe berichtet wird, werden dem Landtag keine großen Vorlagen zugehen. Der künftige Landtag wird vielmehr als ein sogenannter Geschäftslandtag angesehen; gleichwohl dürfte er seinen Vorgängern an Bedeutung nicht nachstehen. Denn die zu erwartenden Vorlagen geben Anlaß zur Erörterung aller wichtigen Fragen des öffentlichen Lebens und zur grund-

fächlichen Auseinandersetzung unter den politischen Parteien.

Aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern, das auf dem letzten Landtag die weitestausgedehnte Zahl von Gesetzentwürfen von allen Ministerien brachte, ist die auf dem letzten Landtag schon angelegte Denkschrift über das Verhältniswahlverfahren als wichtigste Vorlage zu erwarten. In dieser Denkschrift wird in objektiver Weise die Wirkung des Verhältniswahlverfahrens bei seiner Einführung als Wahlverfahren zur Zweiten Kammer untersucht, ohne jedoch über gegen dieses Wahlverfahren Stellung zu nehmen. Eine Regierungsvorlage wegen Ersetzung des derzeitigen Mehrheitswahlverfahrens durch die Verhältniswahlverfahren wird aber nicht eingebracht werden; sie hat auch wenig Aussicht auf Annahme in der Zweiten Kammer, da die Aenderung des Wahlverfahrens eine Verfassungsänderung darstellt, und somit einer Zweidrittelmehrheit bedarf, auf die bei der bekannten Stellung der Reichsparteien zurzeit nicht zu rechnen ist. Die übrigen Vorlagen aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern, wie auch die aus dem Geschäftsbereich des Justizministeriums sind nicht von weittragender Bedeutung.

Dagegen bringt das Ministerium des Kultus und Unterrichtens den Gesetzentwurf über die weitere Verlängerung des Dotationsgesetzes, das bekanntlich am 31. Dezember abläuft. Es dürfte dabei auch zu einer Auseinandersetzung über die Stellung des Staates zur Kirche überhaupt kommen, und kirchenpolitische Verhandlungen großen Stils sind zu erwarten. Wegen des Ausbaus der Fortbildungsschule, über die das am letzten Landtag eine Denkschrift vorgelegt war, wird das Unterrichtsministerium im Staatshaushalt eine erste Anforderung bringen, die zur Erörterung der Schulfragen überhaupt wie auch des Verhältnisses zwischen Kirche und Schule Anlaß geben wird.

Das Finanzministerium wird eine Vorlage über die Aenderung des im Jahre 1908 erlassenen Gesetzes über die Vergütung für Dienstreisen und Umzüge der Beamten, das sich nicht bewährt hat, vorlegen. Besondere Interesse wird die Denkschrift über den Betrieb von Autolinien durch den Staat in eisenbahnamer Gebenden erwecken. Nach dieser Denkschrift scheint sich die Regierung entschlossen zu haben, von der bisherigen Unterstüzung privater Autolinien zum Betrieb von Autolinien durch den Staat überzugehen, und diese Frage wird selbstverständlich eine Erörterung über die Eisenbahnpolitik im allgemeinen und den Ausbau des Eisenbahnnetzes im besonderen herbeiführen.

Endlich wird das Staatsministerium die dem letzten Landtag bereits vorgelegten Denkschriften über die Vereinfachung der Staatsverwaltung wieder einbringen, weil sie wegen Zeitmangels vom letzten Landtag nicht mehr durchberaten werden konnte. Von den in den Denkschriften niedergelegten Vereinfachungen ist schon ein großer Teil inzwischen durchgeführt worden, so daß anzunehmen ist, daß die eine oder andere der Denkschriften eine entsprechende Umarbeitung erfahren wird.

Was bei den bis jetzt genannten Vorlagen nicht an Sprache gebracht werden soll, kann bei der allgem. Finanzdebatte, die sich an die Vorlage des Staatshaushalts und den begleitenden Bericht des Finanzministers anschließen wird, vorgebracht werden. Was der bisherigen Uebung werden bei dieser Verhandlung alle Wünsche und Anliegen vorgetragen, die ein Abgeordneter auf dem Herzen hat. Die Bahlagitation, besonders aber die Großblockpolitik, werden hier wohl eingehend besprochen werden, wenn dies nicht schon bei der Präsidentenwahl, bei der die Parteigegegensätze zum erstenmal aufeinanderstoßen werden, geschehen sollte. Es wird deshalb auf dem nächsten Landtag an interessanten Verhandlungen nicht fehlen.

Unser Stimmenrückgang bei den Landtagswahlen

wird in einem Teil der Parteipresse auf den Mangel an Organisation und prinzipieller Aufklärung zurückzuführen versucht. Nun ist ja nicht zu bestreiten, daß unsere Organisation besser sein könnte. Allein ein Stimmenrückgang wäre

ter, die ruhig und durstig den kalten Tau tranken. Die Ziegen, die im Baumgarten an kurzen Seilen an den Stämmen angebanden waren, knabberten ohne zu meckern des Wenige ab, was die Seilen auf den gerade im Baumgarten gemähten Wägen hatten stehen lassen.

Alles war still, jeder Galm und jedes Kraut, jedes Tier und jeder Mensch, jeder Fels und jeder Farn atmeten ruhig und stark die Kraft des neuen Tages, die die Sonne zur Welt gebracht und in den kühlen Glanz des sonntäglichen Tals schaute oben herein die Jungfrau in ihrer ganzen silbernen Morgenschönheit.

Neben dem Haus des Sägers, weiter oben am Bach, stand ein anderes, noch schmuckeres. Dessen Fenster schauten über noch düstere rote Nelfenbüsche hinab auf die Dorfstraße; seine Grundmauern waren noch massiver und auf seinem breiten, fast flachen Schindeldach lagen noch schwerere Steine.

Unter der Haustüre auf dem oberen Treppenschritt stand die Hausfrau, die Gritt, sträubte sich das blonde Haar und schaute nach ihrem Mann, dem Melchior, aus. Der ging durch die Morgenfrühe in Gondsärmeln und mit einer Zigarre zwischen dem schwarzen Sämauz und dem breiten Wallbart drüben über der Straße zwischen den Wägen spazieren. Er machte kleine, sorgsame Schritte, denn der Weg war schmal und an der linken Hand führte er sein jüngstes Bißli und an der rechten sein kleinstes Weidhölzchen.

Sonst rauchte der Melchior nur Pfeife; aber am Sonntag kamen die Zigarren an die Reihe, die er dann und wann einmal von einem der Herren annahm, mit denen er als Führer hinaufging in die Berge. Er nahm nicht von jedem seiner Herren eine Zigarre. Es gab ihrer manch einen, der sie ihm mit nachlässiger Miene hinstreuten wollte wie einen Anecht. Solche lehnte der Melchior immer fest und höflich ab, mit der Bemerkung, er rauche lieber Pfeife und dabei blühte er den Spender aus seinen stahlgrauen, kleinen Augen ruhig an, ok der ihn nun auch wohl verstanden hätte.

(Fortsetzung folgt.)

No. 2
auch dann
Jahre 190
dem Lager
apelliste P
erliche
ergibt sich
im Jahre
einen abn
Die ite
ten von 1
jeder Wah
Süd
wird
Sch
Mül
Bret
Bret
Emu
Dff
Kar
Kar
Kar
Wie
Epp
Diese
zen Jahre
große Sti
war und
Kritik dien
den hier
fänge der
Karlsruhe
der Stim
ganz
durchaus
kam eine
aufweisen.
ist Genoff
Zentrum
ist. Der
wahl folg
„Ei
and Da
gilt, un
dem fol
zu be
Der
schmer
herbeifü
Hausbes
Belatum
sondern
In
tigen V
Jhre S
geben.“
Auf i
Hausbes
Frage de
scheid, da
schärfste
trumsfra
über das
Engle
wie die
schlechter
igern ni
höhere D
kheint id
redmen.
schreibt
„B
Ien, d
Sige
wahlen

nach dann nicht zu vermeiden gewesen, denn wir haben im Jahre 1909 einen so riesenhaften Zuwachs an Stimmen aus dem Lager bürgerlicher Parteien erhalten, daß auch die prinzipielle Agitation nicht imstande gewesen wäre, diese bürgerlichen Wähler zu Sozialdemokraten zu erziehen. Das ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Stimmenergebnisse im Jahre 1905 und 1909 in den Wahlkreisen, wo wir 1909 einen abnorm starken Stimmengewinn erhielten.

Wie stark diese in manchen Kreisen war, beweisen die Zahlen von 1905 und 1909, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß jeder Wahlkreis nur 30 000 Einwohner zählen darf.

	1905	1909
Säckingen	615	1043
Säckingen-Land	956	1615
Schofheim-Schnau	777	1492
Müllheim-Straßen	119	716
Breisach-Emmendingen	133	629
Freiburg II	746	1212
Emmendingen	414	1240
Offenburg-Röhl	400	1200
Karlsruhe I	1343	2430
Karlsruhe II	1198	2046
Karlsruhe III	1628	2730
Karlsruhe IV	221	1060
Biesloch	326	1430
Eppingen-Einsheim	326	1430

Diese Gegenüberstellung unserer Stimmenergebnisse in den Jahren 1905 und 1909 zeigt deutlich, daß der enorm große Stimmengewinn im Jahre 1909 kein normaler war und deshalb auch nicht zur Grundlage einer so abfälligen Kritik dienen kann, wie sie jetzt da und dort geübt wird. In den hier angeführten ländlichen Wahlkreisen sind kaum Änderungen der Organisation vorhanden. Selbst in den Städten Karlsruhe und Freiburg beruhte ein nicht unerheblicher Teil der Stimmengewinnes auf Zufall. Wir können, im ganzen betrachtet, die Entwicklung unserer Stimmenzahl durchaus als günstig bezeichnen, denn keine andere Partei kann eine auch nur annähernd ähnlich günstige Entwicklung aufweisen.

Ein Opfer der Hausbesitzer

ist Genosse Engler, der mit nur 74 Stimmen gegen den Zentrumskandidaten Mast in Freiburg III unterlegen ist. Der Freiburger Hausbesitzerverein hat für die Stichwahl folgendes Zirkular an seine Mitglieder verfaßt:

„Ein geeigneter Zeitpunkt, die Interessen der Grund- und Hausbesitzer wahrzunehmen, bildet der Wahltag. Es gilt, unsern Mitglied Herrn Faktor Mast, gegenüber dem sozialdemokratischen Kandidaten Engler zum Siege zu verhelfen.“

Der Hausbesitzer hat in der gegenwärtigen Zeit wahrlich schwer um seine Existenz zu ringen. Wollen wir Besserung herbeiführen, so müssen wir dafür sorgen, daß ein weiterer Hausbesitzer ins Parlament einzieht, der uns vor ungerechten Belastungen schützt; einen Mann, der nicht einseitig Mieter-, sondern auch Hausbesitzerinteressen vertritt.

In Ihrem eigenen Interesse bitten wir Sie, bei der heutigen Wahl alle anderen Kandidaten beiseite zu lassen und Ihre Stimme für unser Mitglied Herrn Faktor Mast abzugeben.“

Auf dieses Zirkular sind offenbar auch viele liberale Hausbesitzer hereingefallen. Würden die Herren in der Frage der Schuldenabzugs bei der Gemeindesteuerveränderung, dann wäre es ihnen auch nicht unbekannt, daß der schärfste Gegner des Schuldenabzugs der Chef der Zentrumsfraktion, Abg. Behner, ist. Diese Tatsache hat aber das Zentrum nicht abgehalten, die Hausbesitzer gegen Engler mobil zu machen. Der Schuldenabzug ist so, wie die Dinge heute liegen, für die Gemeindebesteuerung schlechterdings undurchführbar. Es würde den Hausbesitzern nicht viel nützen, dagegen den Mietern erheblich höhere Lasten bringen.

Die „Karlsruher Zeitung“

steht schon jetzt mit einem Regiment des Rechtsblocks zu rechnen. In ihren Wahlbetrachtungen über die Stichwahl schreibt sie:

„Beachtenswert und erfreulich ist an den Stichwahlen, daß die Sozialdemokratie nur noch vier Sitze gewonnen hat. Danach haben also auch die Stichwahlen an der Tatsache einer Niederlage der Sozialdemokratie nichts geändert.“

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

Zum erstmalig: „Jedermann.“

Das Spiel vom Sterben des reichen Mannes. Erneuert von Hugo von Hofmannsthal.

Am Samstag fand die hiesige Erstaufführung dieses „Spieles“ statt, dessen gedanklicher Ursprung schon sehr lange zurückliegt. Es gehört jener alten Gattung von „Mysterien“ an, wie man solche im Mittelalter auf öffentlichen Plätzen, Märkten oder auch in Kirchen zur Aufführung brachte, um den Glaubens- und Sittenabwärtigen zeitweise wieder einen moralischen Stolz zu verschaffen und sie an die alleinigmächtigende Kirche zu ermahnen. Diese Mysterienspiele, meist von geistlichen Personen verfaßt, haben sehr selten Anspruch auf dichterischen Wert, vielmehr liegt ihr Einfluß auf die große Masse mehr im symbolischen und allegorischen Kern ihre Rede. Die Person des „Gott-Vaters“ — des „Lodes“ und des „Teufels“ spielen dabei natürlich die Hauptrolle und das damalige Volk mag wohl recht herzlich darüber erheitert gewesen sein, wenn Gott-Vater die verirrte Seele eines armen Sünders ins „Paradiesgärtlein“ einführte und der Teufel unter allgemeinem Gelächter unverschämter Dinge wieder abgeben mußte. Hofmannsthal hat sich neuerdings veranlaßt gefühlt, diese belanglose Dichtung für unsere „heutige“ Zeit zu erneuern. Der Inhalt der Hofmannsthal'schen Fassung ist folgender:

Der angegebene Bürger „Jedermann“ hatte sich große Schätze und Reichtümer erworben und lebte, sich nur den irdischen Freuden widmend, seine guten Tage. Seinen Reichtum zu mehren, war sein steter Gedanke und vor seiner schlechten Lat schmeckte er zurück, wenn es galt, die Trüben mit dem widerlich erworbenen Gelde anzufüllen. Während die armen und bedrängten Schuldnier in den Schuldturm geworfen worden, gab Herr Jedermann für seine lustigen Liebhaberinnen das Gold mit seinen Händen aus. Seine Vetter und Freunde lud Jedermann zu den schwelgerischen Gastereien und alle die an seinem Reichtum teilnahmen, beteuerten fortwährend, ihr Leben gerne für Jedermanns Wohlgehen opfern zu wollen. Da schickte Gott der Herr den Tod zu Jedermann, damit er Rechnung mit dem Erdenlohn über dessen Werke und Taten halten könne. Die unerwartete Nähe des göttlichen Gerichts verjagte Jedermann

nie nichts geändert. Diese Niederlage wäre noch wichtiger ausgefallen, wenn nicht infolge des Großblutabkommens die Partei für die Stichwahlen von bürgerlicher Seite Unterstützung erfahren hätte.“

Hat die „Karlsruher Zeitung“ sich schon Gedanken darüber gemacht, welche Folgen die Stichwahlen für die Nationalliberalen ohne den Großblut gehabt hätte und in welcher Situation dann die gegenwärtige „liberale“ Regierung wäre? Die Haltung des Regierungsorgans gegenüber der Sozialdemokratie ist ebenso traurig als jämmerlich.

Auch ein Wahltrieb.

Aus Leopoldshafen wird uns berichtet, daß die Wahlbeteiligung am Stichwahltag, insbesondere seitens der Konterpartien bis 4 Uhr nachmittags eine sehr schlechte war. Die Nationalliberalen belamen es mit der Angst. Einer von ihnen fiel auf den Gedanken, die Sturmglocke zu läuten. Gelagt, getan! Als bald strömten die säumigen Wähler herbei, um sich zu erheben, was los sei. Sie erfuhren den Zweck des Sturmgläutes und wählten Herrn Red, der ihnen die Erweiterung des Hafens versprochen hat. Wenn die Leopoldshafener so lange leben, bis dieses Versprechen erfüllt wird, werden sie nie sterben. Nebenbei sei noch des Jagdaufsehers gedacht, der sich unsern Genossen gegenüber sehr wenig anständig benommen hat. Nun, in 4 Jahren sprechen wir uns wieder.

Forzheims Vertretung in der Ersten Kammer.

Da Oberbürgermeister Wildens in Heidelberg mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand eine nochmalige Wahl in die Erste Kammer nicht mehr annimmt, ist, wie dem „B. V.“ aus Forzheim gemeldet wird, Oberbürgermeister Habermehl in Forzheim als Kandidat der Stadtordnungsämter des 2. Wahlkreises in Aussicht genommen. An seiner Wahl ist nicht zu zweifeln.

Der neue Krupp-Prozeß.

In der Montag-Sitzung des Krupp-Prozesses zieht zunächst die Verteidigung den Antrag auf Vernehmung des Großindustriellen August Thyssen zurück. Es wird alsdann nochmals in eingehender Weise Direktor Draeger vernommen. Dieser befindet auf eingehendes Befragen, er habe im März 1912 die Stellvertretung des Berliner Bureaus gehabt und hatte am 28. März 1912 mit Brandt eine längere Unterredung. Brandt habe ihm wiederholt versichert, daß er strafbare Handlungen nicht begehe, daß er allerdings mit den Beamten, von denen er die Informationen habe, verkehren müsse und Geschenke gebe. „Draeger“ sei allerdings nicht zweifelhaft gewesen, daß die Nachrichten durch groben Vertrauensbruch erlangt seien und daß dies auch die Dauer nicht geheim gehalten werden könne. Er habe deshalb nach Exil berichtet. Der stellvertretende Dezerent für das Kriegsministerium, Herr v. Dewitz, habe geantwortet, das Material Brandts habe einen gewissen Wert und sei vorläufig nicht zu entbehren. Als nun Brandt im Juli 1912 zum Direktor Muehlenberger ernannt wurde, er möge die Berichtserstattung gern einstellen, er möchte gern ein anständiger Mensch bleiben, habe er nochmals Brandt gefragt, ob er denn etwas Unrechtes tue. Brandt habe wiederholt versichert, daß er etwas Strafbares nicht begehe. Er habe aber der Direktorial-Sitzung in Essen darüber berichtet. Inzwischen habe sich doch das Direktorium in Essen für die Einstellung der Berichte erklärt. Das Direktorium hatte die Berichte für wertlos gehalten, lediglich Herr v. Dewitz habe sich wiederholt dafür erklärt. Auf weiteres Befragen des Vorsitzenden bemerkte Direktor Draeger: Er habe die Kornwalzer nicht gesehen, erst am 3. Oktober 1912 habe er zum ersten Male Einblick in die „Kornwalzer“ genommen. Der Gedanke, daß Brandt die Bestechung begehe, sei ihm nicht gekommen. Inzwischen sei v. Mehen krank geworden und sei gleichzeitig mit der Firma in Differenzen geraten. Brandt habe ihm mitgeteilt, v. Mehen habe eine Anzahl „Kornwalzer“ mit nach Hause genommen. Er habe Brandt zu v. Mehen in die Wohnung geschickt. Brandt habe ihm gesagt, v. Mehen habe erklärt, er gebe die „Kornwalzer“ nicht heraus; er sei genötigt, des Gehaltes wegen einen Prozeß mit der Firma zu führen und halte die „Kornwalzer“ für sehr wertvolles Material; er werde dafür sorgen, daß der große Draeger, auch Cerius und Muehlenberger bald klein werden. Direktor Draeger fuhr fort: Ich habe Herrn v. Mehen aufgefordert, die „Kornwalzer“ herauszugeben, da sie der Firma Krupp gehören. v. Mehen hat dies jedoch abgelehnt. Ich habe bereits bemerkt, daß ich schon im März eine Vertretung Brandts vorgebracht habe. Später habe ich veranlaßt, daß die Berichtserstattung eingestellt wird. Infolge eines Gesprächs meiner Frau mit Frau v. Mehen habe ich erfahren, daß v. Mehen gern

eine Aussage mit mir will. Ich habe deshalb am 2. Januar 1913 Herrn v. Mehen telephoniert, daß ich zu einer Aussage gern bereit bin. v. Mehen ist zu mir gekommen. Ich habe ihm gesagt, daß ich der Ansicht sei, es ließe sich ein Vergleich mit ihm und der Firma Krupp schließen. Ich schlug vor, Herr v. Mehen solle sich zu Herrn Justizrat v. Simjon begeben. Mehen lehnte das zunächst ab, erklärte sich aber schließlich dazu bereit, wenn ich Simjon genau orientiere. v. Mehen ist zu Simjon gegangen; die Sache selbst hat sich aber wieder zerfallen. — Vorsitzender: Herr v. Mehen hat bereits beim Untersuchungsrichter ausgesagt, Sie haben von der Tätigkeit Brandts fortwährend Kenntnis erhalten. — Zeuge: Ich kannte wohl Brandts Tätigkeit, aber die näheren Umstände nicht, zumal ich die „Kornwalzer“ gar nicht gelesen habe. — v. Mehen, nochmals vom Vorsitzenden befragt, bemerkt: Angesichts der Vetterfahung und Geschäftsgewandtheit des Herrn Direktor Draeger bestand für mich kein Zweifel, daß Draeger ganz genau über die Art der Tätigkeit Brandts unterrichtet war. — Vorsitzender: Wußten Sie denn, daß Brandt Bestechungen begebe? — Zeuge v. Mehen: Ich bin zu wenig Jurist, als daß ich den Ausspruch Bestechung genau definieren kann. Ich wußte jedoch bestimmt, daß Brandt Geschenke machte. Wenn auch vielleicht ein Austausch stattgefunden hat, so war doch nicht anzunehmen, daß die Beamten, die Brandt informierten, dabei zu kurz gekommen waren. Ich bin allerdings noch jetzt der Meinung, daß auch die Informationen durch Bestechung erlangt waren.

Darauf wird unter größter Spannung Abgeordneter Dr. Dieckhoff in den Saal gerufen. Er befindet auf Befragen des Vorsitzenden: Ich habe wenige Tage, ehe ich den bestimmten Brief an den Herrn Kriegsminister schrieb, ein anonymes Schreiben erhalten, in dem 15 „Kornwalzer“ lagen. Ueber die Einzelheiten verweigere ich jede Auskunft, da mir die Sache in meiner Eigenschaft als Abgeordneter zugeandt wurde, und es ein alter parlamentarischer Brauch ist, dieses Vertrauen nicht zu mißbrauchen, um den Briefschreiber nicht etwa preiszugeben. Der Brief war laut Poststempel in Berlin aufgegeben und mit feiner Handschrift in sehr charakteristischer Weise geschrieben. Er enthielt aber, wie das sonst üblich ist, nicht den Namen, die Sache vertraulich zu behandeln. Ich habe deshalb dem Herrn Kriegsminister Mitteilung gemacht und auch die „Kornwalzer“ in Abschriften und zwei in der Form, wie ich sie erhalten, also im Original, beigelegt. — Der Brief an den Kriegsminister wird darauf verlesen; er lautet etwa wie folgt:

„Guer Ezgellenz teile ich mit, daß ich einen Brief mit 15 Schriftstücken erhalten habe, woraus hervorgeht, daß Beamte der Firma Krupp durch Bestechung Militärbeamte der Artillerie-Prüfungskommission, des Reichsmarineamts, des Kriegsministeriums usw. zu Mitteilungen von Nachrichten über Konstruktion von Geschützen, bevorstehende Aufträge von Kriegsmaterial, ganz besonders um die Preise der Konkurrenz zu erfahren, veranlaßt haben.“

In dem Brief stand weiter: „Ich ersuche Eure Ezgellenz nach dem Briefschreiber nicht zu forschen, damit diesem nicht durch seine Mitteilungen an mich Unannehmlichkeiten bereitet werden.“ — Auf Befragen des Verteidigers v. G. ord. o. bemerkt der Zeuge, er habe mit Thyssen absolut keine Verbindung, er kenne weder Herrn Thyssen, noch Herrn v. Mehen, noch Herrn Brandt persönlich. Als Namen v. Mehen habe er zum ersten Male beim Untersuchungsrichter gehört, auch der Ausdruck „Kornwalzer“ sei ihm dort zum ersten Male mitgeteilt worden. Herrn v. Mehen habe er zuerst aus dem Korridor des Gerichtsbauwerks gesehen. Von wem er das Schreiben erhalten, sei ihm nicht bekannt. — Angeklagter Cerius: Herr Zeuge, weshalb haben Sie wohl das Originalschreiben vernichtet? — Zeuge: Das habe ich getan, falls Hausdurchsuchung mir gehalten wird, der Briefschreiber nicht erforcht werden kann und diesem Unannehmlichkeiten erspart bleiben. Das ist ein alter parlamentarischer Brauch, den, soviel ich weiß, jeder Abgeordnete, gleichviel welcher Partei er angehört, beobachtet. — Verteidiger Löwenstein: Ich halte zwar die Frage für überflüssig, möchte aber doch darüber befragen: Herr Kollege, sind Sie der Meinung, daß Herr Brandt Ihnen das anonyme Schreiben zugeandt hat? — Zeuge: Ich kenne Herrn Brandt absolut nicht und kann auch nicht sagen, von wem ich das Schreiben erhalten habe. Der Zeuge befindet weiter auf Befragen, daß derselbe Journalist, der Herrn v. Mehen interviewt hat, auch bei ihm gewesen ist und ihn auszufragen versucht. Er habe eine Mitteilung abgelehnt, habe sich aber er zählen lassen, was er von Herrn v. Mehen erfahren habe. — Verteidiger Löwenstein: Im „Vorwärts“ wurde aber der Meinung Ausdruck gegeben, daß Ihnen das anonyme Schreiben von Herrn Brandt zugegangen sei. — Zeuge: Das ist nicht richtig; im „Vorwärts“ kann so etwas nicht gestanden haben. So viel ich weiß, hat eine derartige Mitteilung einmal die „Staatsbürger-Zeitung“ gebracht. — Der Vorsitzende erklärte darauf, die Vernehmung Liebnechts für beendet. — Zeuge Liebnecht: Ich habe doch noch etwas zu sagen; ich fühle mich dazu veranlaßt, da es selbsterfindlich ist, daß der

gangenen Schäflein wieder zuzuführen! Weit näher liegt der Gedanke, daß Hofmannsthal, der sein modernes, debakantes Publikum kennt, diesem billige Konfessionen machen wollte, indem er ihm einmal ordentlich die schon etwas träge gewordenen religiösen Gefühle aufzührt. So was thut, — besonders die art gestimmten Saiten alter ehrwürdiger Matronen. Allegorische Erscheinungen, Lichtestrelchen, Orgel, Sphärenmusik und hohles Wort- und Reimgefingel tun das übrige, um den hausbackenen Grundgedanke: „vom reichen Prester der „zur Strafe“ (1) vor Gottes Richterstuhl erscheinen soll“ in recht symbolischer und gruseliger Aufmachung auf die Herzen wirken zu lassen. Es scheint also, daß Hofmannsthal nicht, wie er in seinem Vorwort schrieb, einem inneren Herzensbedürfnis entspreche, als er „hier versucht, dieses allen Zeiten gehörige und allgemeingültige Märchen abermals in Bescheidenheit aufzuzeichnen“, sondern daß es ihm lediglich einmal darnach gelüstete, in Symbolismen und mythischen Modernismen zu „arbeiten“. Ermüdend, bei der Lektüre oftmals abstoßend, wirkt die krampfhaft gefuchte, effektvollsein-sollende Ausdrucksweise, eine geschwollene Nachahmung Hans Sachs'scher Dichtweise. Warum das? — Jahrhundertlang hat man getrachtet, unsere deutsche Sprache zu veredeln, sie auszugestalten, klanglich abzurunden und ihre Schönheiten zu hären; warum greift man nun wieder mit fränkischer Vorliebe auf Sachs und frühere Sprachperioden zurück? — Ist unsere heutige Sprache in Prosa und Vers nicht ausdrucksfähig genug? — Und außerdem: was bei Hans Sachs naive, unwichtige Eigenart war, wird bei Hofmannsthal zur farblosen „Mache“, zur spielerischen Nachahmung. Die Reime auch sind des öftern von sehr „bescheidener Natur“ und lassen kaum noch den Ueberseher eines „König Oedipus“ erkennen. Sie leiden wie überhaupt der ganze hoblilngende Sprachgebrauch, unter der gewaltigen Verfümmelung guter deutscher Worte, wovon Schaffung neuer Ausdrucksmittel mit verblüffenden Wirkungen hier als Probe: „Auch“ (statt „Geruch“).

Das neue Stück Hofmannsthal's dürfte demnach nicht allzuviel ernste Freunde finden. Schleppt sich doch die breitgetretene Handlung ohne Aktlußunterbrechung schleichend fort und ermüdet eher, als daß sie erbauet. Nur gegen Schluß mag vielleicht die Art, wie Hofmannsthal den Teufel auftreten und um die gehoffte Beute geprellt werden läßt, echt und originell-komisch genannt werden.

Um die Aufführung und glanzvolle Wiedergabe hat sich zunächst Otto Kienjager ungemein bedeutende Verdienste erworben. Er hat mit den modernsten Mitteln einer neuzeit-

in schlimmen Schreden, denn seiner guten Werke waren es nur wenige. Er erbat sich größere Freist, aber seine Zeit war abgelaufen. Jedermanns einziger Trost war die Aussicht, daß vielleicht einer seiner Freunde ihn vor Gottes Richterstuhl begleiten möchte, um dort ein Fürsprecher für ihn zu sein. Wie oft haben sich doch die Freunde ihm im Gefährliche angeboten! — Die Wüßhacht war die erste, die den sterbenden Reichen floh. Alle die vielen Vettern suchten leere Ausflüchte, selbst der gute Geselle sagte dem abgelenkten Herren die Freundschaft auf und schließlich stand Jedermann allein und verlassen. Mein Geld — dachte er — soll mich begleiten und mir vor Gott ein gewichtiges Ansehen verschaffen. Aber das Gold fiel Abingend wieder in den Schrein zurück und Götz Mamon höhnlachte des Toren. Von jenem blanken Schatz konnte sich Jedermann kaum trennen, doch schon fühlte er die kalte Hand des Todes ihm ans Herz greifen und immer noch hatte der Lebensgenießer keinen himmlischen Fürsprecher. Nüchtern und jämmerlich wälzten sich des Reichen Werke in der Erinnerung einher; aber diese waren zu elend und gebracht, um gut für ihn sprechen zu können. Noch in letzter Stunde suchte sich ihm die wahnende Stimme des wahren, tiefen Glaubens. Wohl zögerte der am Leben so zäh Hängende, doch im Richte der Glaubenskraft wägen seine wenige guten Werke erklärte er und wohlgefälliger. In letzter Stunde den Glaube noch annehmend, trat er die bange Reize an. Seine Werke und Glaube wurden vor Gottes Richterstuhl eindringliche Fürsprecher und als verkürzte Reuiger betrat er die Gefilde der Erlösten und Seligen.

Wir ersehen aus dieser gedrängten Skizze, daß das eigentliche Reizvoll-Mysteriöse weniger betont ist, als vielmehr das kirchlich-Religiöse. Die Dichtung kann bestenfalls keinen höheren Anspruch erheben, als die zahlreichen ähnlichen Produkte, die einzig und ausschließlich eine Glorifizierung des dogmatischen Glaubens und seiner Kirche bilden. Hätte sich hier ein streng-gläubiger geistlicher Herr zum Verfasser bekannt, so würde man die Dichtung mit dem Trost hinnehmen können: das Hiesige war nötig, aber der Geist war schwach. Wenn aber ein Hugo v. Hofmannsthal diese engbrüstige, fromme Gebiete betritt, so darf ihn ein „allgemeines Schütteln des Kopfes“ nicht wundern. Man fragt sich unwillkürlich: was bezweckte Hofmannsthal mit dieser mittelalterlichen Religion, resp. Glaubenspropaganda? Es ist doch wohl kaum anzunehmen, daß der ungezügelt Verfasser solcher schwül-eotischer, niedrig-sinnlicher Operntexte, wie „Rosenkavalier“ und „Elektra“, sich plötzlich veranlaßt fühlte, dem orthodoxen Glaube die irrage-

Herr Vorsitzende mich nicht über etwas befragen kann, was er nicht weiß. — Vorsitzender: Wenn Sie noch etwas zur Sache wissen, dann bitte äußern Sie sich. — Liebnecht: Ich habe noch Mitteilungen zu machen über die Beziehungen der Firma Krupp zu den ausländischen Zeitungen. — Verteidiger v. Gordon: Das gehört meiner Meinung nach nicht zur Sache. Hier steht Herr Brandt auf der Anklagebank wegen Verleumdung und unredlicher Erlangung von geheimen Nachrichten, Herr Eccius wegen Verhülfe. Die Beziehungen der Firma Krupp zum Auslande interessieren hier nicht. Herr v. Meßen hat auch in durchaus lakonischer Weise über diese Beziehungen zum Auslande hier nicht gesprochen. — Oberstaatsanwalt: Herr Zeuge, wenn Sie eine Anzeige zu machen haben, dann bitte, reichen Sie mir diese ein. Die Beziehungen Krupps zum Auslande interessieren hier in diesem Verfahren nicht, sie gehören nicht zur Sache. — Zeuge: Ich hielt mich jedenfalls für verpflichtet, alles zu sagen, was ich in der Sache weiß. — Der Vorsitzende erklärte darauf die Vernehmung des Zeugen Liebnecht für beendet.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung bemerkt noch Direktor Draeger, es sei ihm schon vor Jahren die Befürchtung gekommen, in der Brandtschen Verichterstattung könne eine Verletzung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb gefunden werden. Er habe deshalb im Direktorium angeregt, daß ein Vortrag über den unlauteren Wettbewerb mit Bezug auf die Berliner Verhältnisse gehalten werde. — Landrat a. D. Koetger: er erinnere sich dieser Anregung, habe dies aber nicht in dem von Direktor Draeger beabsichtigten Sinne aufgefaßt. — Direktor Draeger bleibt auf mehrfachen Befragen dabei, er habe befürchtet, die Firma Krupp könnte der Verletzung des unlauteren Wettbewerbs-Gesetzes schuldig werden. — Darauf wird Direktor Kaufberger vernommen. Er bekundet, er sei der Ansicht gewesen, die Informationen, die Brandt nach Essen geliefert habe, habe dieser durch Sachverständigen von Beamten erfahren. Daß Brandt freundschaftlich mit den Beamten verkehrt, die ja doch seine Kameraden waren, habe er angenommen. Es sei ihm aber niemals der Gedanke gekommen, daß Brandt die Nachrichten durch Verleumdung erhalten habe. Der jetzige Bureauvorsteher des Krupp'schen Berliner Büreaus, Kern, bekundet, Brand habe längere Zeit eine sehr umfangreiche Bureauarbeit ausgeübt. Darauf tritt die Mittagspause ein.

Nach Wiedereröffnung der Verhandlung bemerkt der Vorsitzende, es solle jetzt die weitere Erörterung der „Kornwalzer“ vorgenommen werden. Es frage sich, ob dies in öffentlicher Sitzung geschehen könne. — Oberstaatsanwalt: Ich beantrage, während der Verhandlung über die Kornwalzer die Öffentlichkeit auszuschließen, in welchem Umfange, werde ich später noch mitteilen. Die Verteidiger erklären, daß sie gegen den Antrag nichts einzuwenden haben. Der Gerichtshof beschließt, während der Erörterung der Kornwalzer die Öffentlichkeit auszuschließen, da eine Gefährdung der Staatssicherheit zu befürchten sei. Der Vorsitzende fordert im Einverständnis mit dem Oberstaatsanwalt die Zeugen auf, den Saal zu verlassen, aber auf dem Korridor zu warten, falls sie noch vernommen werden müssen. Es wird mitgeteilt, daß die öffentliche Verhandlung am Dienstag vormittag 9 Uhr fortgesetzt werden wird.

Alle Voraussetzungen sind am Dienstag die Beweisaufnahme geschlossen. Am Mittwoch findet keine Sitzung statt. Donnerstag und Freitag glaubt man die Klaidovers beenden zu können und am Montag würde dann das Urteil zu erwarten sein.

Die Jockgrimer „Christenverfolgung“.

Anfangs Juli dieses Jahres brachte der „Badische Beobachter“ und nach ihm der ganze Chorus der Zentrums- und christlichen Gewerkschaftspresse eine Mäubergeschichte, monach der Sekretär des christlichen Fabrik-, Hilfs- und Verkehrsarbeiterverbandes Kuhn aus Karlsruhe nach einer Versammlung in Jockgrim von 40 mit Messern und Knütteln bewaffneten „Genossen“ unter Führung von zwei mit Namen bezeichneten Angestellten des Deutschen Transportarbeiterverbandes überfallen worden wäre und nur durch schnelle Flucht hätte der Christ Kuhn sein Leben retten können. Selbstverständlich war der „Mäuberfall“ gehörig ausgeschmückt und die „Kuchlosigkeit“ der „terrorisierenden Moten“ in das schwärzeste Licht gestellt worden. Die beiden als Anführer bezeichneten erklärten schon damals die ganze Geschichte als aufgelegten Schwindel und forderten den Christen Kuhn öffentlich auf, Klage zu erheben, andernfalls sie ihn der Verleumdung bezichtigen müßten. Der „Badische Beobachter“ erwiderte nachher, daß Strafanzeige erstattet sei, noch ehe die Verleumdeten die Erklärung brachten; diese machten sich nur gebulden, sie würden ihre Strafe schon erhalten. Da sich in der Folge aber absolut nichts von einer gerichtlichen Verfolgung zeigte, brachte der „Volksfreund“ eine Notiz und der „Badische Beobachter“ half sich mit der Ausrede, daß wahrscheinlich die Gerichtsferien die Schuld an der Verzögerung tragen. Inzwischen sind nun 18 Wochen seit dem erschrecklichen „Mäuber-“

gemäßen Regiekunst gearbeitet und dadurch Wirkungen von beispiellosem Erfolg erzielt. Menschengesamte Inszenierungsgabe ist es hauptsächlich zu verdanken, daß die leichte, vollen Frömmelietriefende „Sache“ gefallen, d. h. das Auge fesseln konnte. Einfachheit und dennoch Stil in der Szenerie und Konzentrierung auf das Wesentliche waren Vorzüge dieser stimmungsvollen Inszenierung und Wiedergabe. Glücklich war die Lichtfrage gelöst worden. Die Rampebeleuchtung schaltet an diesem Abend völlig aus; dafür trat die Effektleuchtung an die führende Stelle. Zu beiden Seiten des 2. Ranges waren Scheinwerfer angebracht, die mit ihrem wechselnden, verschiedenfarbenen Licht die einzelnen Szenenbilder in angepaßtes Farbsicht tauchten. Fastlich ganz prachtvoll abgetönt war die „Tafelzene“, die tatsächlich einem koloristischen Ausschnitt aus einem alten Meister gleich. Natürlich „stellt“ so etwas der Regisseur nicht; dafür ist die technische Oberleitung da. Und hiermit sehen also die Verdienste des technischen Dir. H. W. L. ein. Er „stellt“ die Bühnenbilder, in die der Regisseur seine Szenenbilder hineinsetzt. Er komponiert die garten und artesten Lichtwirkungen im Sinne der Dichtung, er waltet darüber und haftet für ihr Gelingen und da wir schon so oft über H. W. L. W. L. farbenfrohen Bühnengauber lobend erzählen und staunen dürfen, so freut es uns auch heute wieder, W. L. W. L. großen Verdienst die Bühnenteknisches Lösung von „Jedermann“ mit unbegrenzter Anerkennung feststellen zu dürfen. Daß die Regie die Person „Gottes“ nicht sichtbar auf die Bühne brachte (wie borgefchrieben) bedarf, weil selbstverständlich, keiner besonderen Würdigung. Gätte unser alter, wohlverdienter Seppel Marx auf Gottes richtiggehendem Himmelsthor geoffen, wären vielleicht „ehliche“ Strenggläubige aus dem Verband ihrer Landeskirche ausgeschieden. Ingingen scheint das „Waterner“ auf Brettern, die sonst auch dem „Sittenbrenner“ dienen, weniger glücklich angebracht.

Von den vielen Darstellern kommt nur derjenige des „Jedermann“ in Betracht. Er steht im Mittelpunkt und von ihm hängt der ganze Erfolg dieser sogenannten „erneuerten“ Dichtung ab. Reinhold Lüttjohann gab den „Jedermann“ mit der ganzen bezwingenden Kraft seines ausdrucksreichen Spiels. Von großer Gewalt war er in der „Tafelzene“ und von da ab schritt die Steigerung stetig fort. Lüttjohann übertraf sich selbst und gab das Beste seines eminenten Könnens. Die übrigen Darsteller gruppierten sich in anerkenntnisreicher

„fall“ auf den armen Christen verfloßen und noch immer hat der Staatsanwalt nicht Gelegenheit genommen, wenigstens die beiden bekannten „Anführer“ des „Mäuberfalls“ zur Rechenschaft zu ziehen. Der Gewerkschaftssekretär Kuhn kann sich also immer noch nicht mit der Märtyrerkrone schmüden, auf die er doch sicher gerechnet hatte. Damit aber die Christen dennoch Gelegenheit bekommen zu erfahren, daß die ganze Geschichte nur aus den christlichen Pfoten gejaugt ist, haben die beiden genannten „Anführer“ zunächst einmal gegen den fantasievollem christlichen Märtyrer Kuhn und weiter gegen eine Anzahl von Zentrumsblättern und christlichen Gewerkschaftszeitungen Klage erhoben. Die Kühnheiten des Herrn Kuhn und der ihm geistesverwandten Presse werden eine entsprechende Aufklärung erhalten. Jedenfalls wird die Spektulation der Christen dahin, wenn sie irgend eine Schwindelmotiv in die Welt setzen, dann könne es lange dauern, bis der Staatsanwalt etwas daraus machen kann. In der Zwischenzeit ist die Frist zur Klageeinreichung der Verleumdeten verstrichen und der Zweck des Christen ist erreicht. Damit werden sie aber selbst in die Grube fallen, welche sie andern gegraben und der Fuchs wird bald in seinem eigenen Janggeißeln zappeln. Ob sich die Freunde des Herrn Kuhn, Erzing und Konforten ein Beispiel nehmen werden? Wir bezweifeln es sehr.

Kommunalpolitik.

Linkenheim, 4. Nov. Eine große Sehnsuchtigkeit scheint unter Bürgermeister zu haben. Am 24. Oktober war seine Amtszeit abgelaufen und bis heute hört man noch nichts, wenn die Neuwahl stattfinden soll. Vielleicht muß der Bürgermeister erst durch die Aufsichtsbehörde an die notwendige Neuwahl erinnert werden. Wir wünschen, daß das geschieht.

Aus der Partei.

Internationales sozialistisches Bureau. Das Internationale Bureau ist für den 13. Dezember zu einer Sitzung in London einberufen. Die Berufung nach London ist erfolgt, damit die durch das Exekutivkomitee eingeleiteten und erfolgsversprechenden Verhandlungen über die Vereinigung der sozialdemokratischen Kräfte Großbritanniens zu einer geschlossenen Partei in Gegenwart der Mitglieder des Bureaus fortgeführt und womöglich zum gezielten Abschluß gebracht werden. Im übrigen wird sich das Bureau mit der Feststellung der provisorischen Tagesordnung und des Datums für den internationalen Kongress in Wien (1914) zu beschäftigen. Dazu schlägt die französische Partei vor, die Frage der Lebensmittelerzeugung, die argentinische sozialistische Agrarpolitik und die türkische sozialistische Gruppe die Orientfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Ferner käme nach einem Beschluß des Kopenhagener Kongresses noch der Antrag Baillan-Neir Harbie zur Kriegsfrage zur Beratung.

Verworfen Revision. Das Reichsgericht hat am Samstag ein auf zwei Monate Gefängnis lautendes Urteil der Erfurter Strafammer gegen Genossen Redakteur Behold wegen Gendarmenverleumdung durch Verwerfung der Revision bestätigt. Genosse Behold hatte nachweisen können, daß er am Erscheinungstage der angeblich die Verleumdung enthaltenden Notiz nicht in der Redaktion beschäftigt war, da er auswärts einen Gerichtstermin wahrnehmen mußte. Der Vetter der Zeitung erklärte außerdem, daß angeordnet war, den Namen des Genossen Behold als verantwortlichen Redakteur aus dem Blatt herauszunehmen, welche Anordnung aber aus Versehen nicht ausgeführt wurde. Trozdem war die Verurteilung erfolgt.

Austritt aus der P. S. Die Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes für Obersachsen, Rigmann, Danisch und Cepernitz, welche bisher der P. S. angehörten, sind mit folgender Erklärung aus dieser geschieden: „Da der „Diennit Robotnicz“, als Organ der Partei Polnischer Sozialisten, seit längerer Zeit eine Haltung einnimmt, die wir in keiner Weise gutheißen können und verschiedene Angriffe gegen uns erhebt, sowie gegen die allgemeine sozialdemokratische Arbeiterbewegung Deutschlands festgesetzt, was auch nachteilig für die Gewerkschaften ist, so erklären wir hiermit unseren Austritt aus der P. S. Kattowitz, den 1. November 1913. Rigmann, Danisch, Cepernitz.“

Der Austritt dieser drei Genossen aus der P. S. bedeutet für diese Partei einen schweren Verlust. Rigmann war Vorsitzender der Kontrollkommission und Cepernitz gehörte dem engeren Vorstande an. Der „Diennit Robotnicz“ wandelt immer mehr auf national-polnischen Wegen, was am deutlichsten folgende Tatsache erhellt. Das Mitglied der P. S., Pödemski, Hannover, Beamter

Wiese um den Titelhelden und wird uns die nächste Wiederholung Gelegenheit geben, auch auf diese zurückzukommen. W. Sch.

„Aida“. Als „Madames“, einem wirklichen Prüffstein für die Ausgiebigkeit eines Tenors, bewarb sich am Sonntag zum drittenmal Martin Wilhelm für das Tenorfach. Der Gast Martin Wilhelm war wenig glücklich. Die hohen Töne versagten ja nun gerade nicht, aber edel, warm, glanzvoll, sieghaft und berzherfreudig waren sie trotzdem nicht. Die Höhe entquillt ihm nicht leicht, sondern verläßt deutlich, daß sie den Sänger Mühe kostet und deshalb kraftlos im Ensemble verklingt. Auch das Spiel war nicht das, was man in dieser Partie zu erwarten gewöhnt ist. Es war weniger durchdacht, sondern deckte sich lediglich mit den nötigsten Anerkennung im Alabasterauszug. Max Bruntz sang wieder die „Ammeris“. Vielleicht dürften wir die „bevorzugte“ Kraft bald auch noch einmal als Kandidat der Nacht hören. Uns wunderte schon gar nichts mehr. — Einen wirklichen Höhepunkt in dieser Aufführung bedeutete die kolossale raffige und temperamentvolle Wiedergabe des orchesterlichen Teils durch Alfred Lorenz und die wahrhaft himmelhohe Aida Beatrice Bauer-Rottlar. Neben ihr zeichnete sich wieder Max Bruntz als Amonasso, sowie W. v. Schwinn als Ramphis und Franz Röh als König aus. Eugen Kainbachs Votie fiel durch rhythmische Sicherheit auf. W. Sch.

Man schreibt uns: In der heutigen Festvorstellung zum Geburtstags der Großherzogin wird die Musiktragödie „Elektra“ von Richard Strauß zum erstenmal in Szene gehen. Anstelle von Frau Bauer-Kottlar wird Frau Palm-Gerber vom Hoftheater in Stuttgart, welche von ihrem letzten Gastspiel als Holbe noch in bester Erinnerung steht, die Titelpartie singen. Elektras Schwester Chrysothemis singt Frau Lorenz-Höllischer, den Orest Herr Wittner, Frau Wosel-Tomtsch die Klithamnestra. Die musikalische Einstudierung leitete Herr Cortolezis, für den hiesigen Teil zeichnet Herr Dumas. Die neue Dekoration, Königspalast zu Mykene, ist von Herrn Wolf entworfen und ausgeführt. Die Oper beginnt ohne Vorspiel und weist keine Pausen auf. Pünktliches Erscheinen liegt im Interesse der Besucher; späterer Einlaß ist nicht möglich.

des Fabrikarbeiterverbandes, war einem Aulse des Hamburger Genossen, bei der Nachwahl in dem Kreis unseres Sprachgenossen August Diebel eine Versammlung in polnischer Sprache abgehalten, gefolgt und hatte, was das ganz selbstverständlich ist, die Wahl Stoltens aufgefördert. Im „Diennit Robotnicz“ erschienen auch ein Inserat für diese Versammlung. Aber am Sonntag nach der Wahl wurde Genosse Pödemski, weil er nach Hamburg gegangen war, und dort in einer polnischen Versammlung zum Wahl Stoltens aufgefördert hatte, gehörig geriffelt und gewürden in einem besonderen Leitartikel. In dem Artikel heißt es unter anderen großen Ausfällen auf die Partei, daß es den Mitgliedern der P. S. gleichgültig sei könnte, ob ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei Deutschlands oder ein Nationalpolen in dem Reichstag käme. Auf alle Fälle aber hätten die Mitglieder der P. S. sich der Stimme zu enthalten und kein Mitglied der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu wählen.

Soziale Rundschau.

Zur ärztlichen Kriegserklärung an die Krankenkassen. Wie die Verhältnisse zwischen Krankenkassen und Ärzten nach der Kriegserklärung des letzten Verzetages liegen, wie insbesondere sich die Krankenkassen auf den angeklügten Krieg einrichten, zeigt das folgende Rundschreiben der Krankenkassenverbände an die Kassen:

Nach verschiedenen Mitteilungen ist zu erwarten, daß nach dem Beschluß des Verzetages am 26. Oktober in Berlin an vielen Orten die Verträge mit den Krankenkassen weiter verhandelt und Verträge geschlossen werden. Tatsächlich sind auch viele Verträge nicht gekündigt worden, und insbesondere bei großen Kassen bestehen noch langfristige Verträge, die über den 1. Januar 1914 hinaus laufen. Es ist deshalb ausgeschlossen, daß ein allgemeiner vertragsloser Zustand bei den Kassen eintritt. Ohne den Ernst der durch die Beschlüsse des Verzetages an vielen Orten geschaffenen Lage zu verkennen, empfehlen wir dringend, dem weiteren Verlauf der Angelegenheit mit Ruhe entgegenzutreten. Die Leitung der Verzeorgansationsbewegung offensichtlich mit der Anknüpfung des Streikes bei den Kassen zu einem nicht geringen Teile eine Einzijdierung der Versicherungsbedingen, insbesondere der Koverversicherungsämter, damit möglichst viele ihrer radikalen Forderungen bei der Festlegung „angemessener“ Bedingungen im Sinne des § 370 R.V.O. berücksichtigt werden.

Wir raten den Kassen, bei denen Verträge gekündigt sind, angelegentlich, wegen Abschlußes neuer Verträge unbedinglich mit den in Betracht kommenden Ärzten in Verbindung zu treten oder abgebrochene Verhandlungen wieder aufzunehmen. Dabei wäre von vornherein festzustellen, ob die Verträge bereits fertig sind, oder ob die Verhandlungen zu einem Ergebnis führen. Sollten die Verträge überhaupte abgeschlossen oder nur zum Scheine führen, so doch vorabsichtlich ein Vertrag nicht zu errichten ist, so empfiehlt es sich, die als angemessenen erachteten Bedingungen den Ärzten nochmals in bestimmter Form anzubieten unter Festlegung einer angemessenen Frist für die Erklärung dazu. Auf keinen Fall dürfen sich die Kassen jetzt noch auf eine Verschleppung der Verhandlungen einlassen. Führt dieses Vorhaben nicht zu dem gewünschten Ziele, so wären die von der Kasse als angemessenen erachteten Bedingungen dem Oberversicherungsamt mitzuteilen mit dem Antrage, auf Grund des § 370 R.V.O. diese als angemessenen anzuerkennen und demgemäß die Kasse zu ermächtigen, statt der Krankenpflege oder sonst erforderlichen ärztlichen Behandlung eine bare Leistung zu gewähren. Kassen, die beabsichtigen, diesen Antrag zu stellen, ist anheimzugeben, Vertrauensärzte oder wenigstens einen Arzt zu gewinnen, der hauptsächlich die Krankenheiten festzustellen und zu verschleppen hätte. Weitere Hinweise und Maßnahmen zur Durchführung des § 370 R.V.O. werden wir den Krankenkassen noch geben. Den Kassen, welche mit auswärtigen Ärzten in Verbindung stehen, können wir nur empfehlen, die Verträge mit diesen Ärzten möglichst bald abzuschließen.

Mit Rücksicht darauf, daß die Ärzte systematisch den Abschluß von neuen Verträgen hingenögert haben, was ihnen zum Teil durch die späte Herausgabe der Musterfassungen und die späte Genehmigung der neuen Fassungen ermöglicht wurde, muß erwartet werden, daß die Versicherungsbedingen die Kassen nicht schon jetzt zum Abschluß von neuen Verträgen drängen. Hierin würde nach Lage der Sache eine Parteinahme der Versicherungsbedingen zugunsten der Verze zu erblicken sein. Wo die Versicherungsbedingen dennoch drängen, sollte unbedinglich die Beschwerde an das Oberversicherungsamt oder an die oberste Verwaltungsbefehde eingereicht werden.“

Freie Ueberfahrt nach den Kolonien.

Nicht überall dürfte es bekannt sein, daß der Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft weißlichen Familienangehörigen von südbesafrikanischen Anfielern und Beamten (Chefrauen, Schweftern, Pflegerinnen, Nichten usw.) und solchen männlichen Geschlechts bis zum vollendeten 16. Lebensjahre, sowie Bräuten freie Ueberfahrt 2. Klasse von Hamburg bis Southampton bzw. Rüberbüch oder einen Zuschuß zu den Ausreisekosten 2. Klasse in Höhe von 150 Mark bewilligt. Die gleiche Unterstützung wird weißlichen Personen erteilt, welche eine Stellung im Schutzgebiet als Lehrerin, Erziehlerin, Stütze oder Dienstmädchen annehmen wollen. Da bezüglich der Antragstellung über die Bewilligung freier Ueberfahrt bzw. eines Zuschusses zu den Ausreisekosten noch vielfach Zweifel bestehen, so wird darauf aufmerksam gemacht, daß Anträge um Unterstützung der Ausreise von Familienangehörigen und Bräuten an die Deutsche Kolonialgesellschaft Berlin W. 8, Am Karlsbad 10, Afrikahaus, zu richten sind. Hierin Anträge, die sich auf die freie Ueberfahrt von Dienstboten usw. beziehen, sind beim Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft eingzureichen. Für die Bewilligung freier Ueberfahrt ist erforderlich, daß der Antrag von dem betreffenden Anfieler oder Beamten gestellt und vom Reichskolonialamt, dem Gouvernement oder dem zuständigen Bezirksamt befürwortet sein muß. In dieser Befürwortung ist auszusprechen, daß der Antragsteller in der Lage ist, die auszuführenden Personen bei sich aufzunehmen, ihnen Unterhalt zu gewähren und daß begründete Aussicht für dauerndes Verbleiben im Schutzgebiet besteht.

Krankenkassenwahl in Elberfeld. Bei den Krankenkassenwahlen in Elberfeld wurden für die freien Gewerkschaften 6468, für die christlichen und Gelben 3145 Stimmen abgegeben. Es erhalten demnach die freien Gewerkschaften 42, die christlichen und gelben zusammen 18 Vertreter. Bei einer Gesamtzahl von 90 Vertretern haben die freien Gewerkschaften also die bisherige Mehrheit verloren. Das Resultat ist nicht befriedigend, nicht einmal 30 Prozent der Wähler haben ihr Wahrecht ausgeübt.

Bei den Ausschuhwahlen der Arbeitgeber stimmten die freien Gewerkschaften für die Liste der vereinigten Arbeitgeber, um die Verzeiteliste zu Fall zu bringen. Die erstere Liste ergab 28 Vertreter, während auf die Verzeiteliste nur 2 Vertreter entfielen.

Gewerkschaftliches.

Zur Lohnbewegung der städtischen Arbeiter in Neudöln. Den Antrag der städtischen Arbeiter auf Abschluß eines Tarifvertrags lehnte die Stadtverordneten-Versammlung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ab. Die Vorlage einer neuen Arbeitsordnung wurde einstimmig angenommen.

Gefirmer Terror und gesellschaftliche Achtung wird den vom 1. Januar 1914 ab in Breslau amtierenden Ärzten ange...

Es kommt aber weiter hinzu, daß sie selbstverständlich von den einheimischen Ärzten außerhalb aller kollegialen...

Wie weit ferner die von ihnen übertriebenen Kräfte in einer Anzahl von Krankenhäusern entweder überhaupt nicht...

Aus dem Lande.

Deferteur. Von der Schutzmannschaft wurde ein Deferteur des Meilenburgischen Jägerbataillons Nr. 14 in Kolmar...

Parteiversammlung. Am Samstag, 8. Nov., abends 8 1/2 Uhr, findet eine Parteiverammlung statt, auf welche...

Der Frauenverein Nastatt beabsichtigt, in den Wintermonaten wöchentlich einmal, abends 8 Uhr, einen unentgeltlichen...

Subenkreuz. In der Nacht vom Freitag auf Samstag wurde der Bernhardinerhund der Eisenfirma Dreifuß u. C. in...

Zum blutigen Straßentravall. Der schwer verletzte Schutzmann Krompach befindet sich noch immer in Lebensgefahr...

Sozialdem. Verein. Am Samstag, 8. ds. Mts., findet im „Anker“ Mitgliederversammlung statt, verbunden mit Vortrag...

Angenbewegung. Am Freitag, 14. Nov., abends 1/2 Uhr, findet im „Anker“ eine Sitzung der Arbeiterjugend statt, wo über verschiedene Punkte, wie Spiele und Lesende, verhandelt...

„Siegesfeier“ veranstaltet heute abend die Zentrumspartei mit Herrn Wader als „Triumphator“. Man hat malinichelsteits herrschend das Bedürfnis, möglichst schnell einen Siegeszettel zu veranstalten...

Forzheim, 4. Nov. Ein bei der Buchdruckerei Weber beschäftigter Lehrling brach den linken Arm zwischen die Walzen einer Druckmaschine. Eine Wogenerin, welche auf den Wegfall aufmerksam wurde, brachte die Maschine sofort zum Stehen...

Seibelsberg, 4. Nov. Ein frecher Raubüberfall wurde gestern vormittag auf eine ältere Frau verübt. Die Dame hatte in der Rheinischen Kreditbank am Ludwigplatz Geschäfte zu erledigen...

Wietigheim, 4. Nov. Ein Sittlichkeitsverbrechen wurde an einem hiesigen 17jährigen Mädchen verübt. Der Täter, ein verheirateter Mann, wurde verhaftet und nach Nastatt abgeführt.

Freiburg, 4. Nov. Ein tödlicher Unfall ereignete sich gestern nachmittag in der Schwarzwalddstraße. Der Studierende der Rechtswissenschaft, Waag aus Karlsruhe, der die Absicht hatte, sich an der hiesigen Universität immatrikulieren zu lassen...

Lahr, 4. Nov. Der Mensch, der schon monatelang auf dem Wege nach Freienheim Frauen und Mädchen in unerhörter Weise belästigte, ist nun ermittelt worden. Es ist ein hier wohnhafter, 36 Jahre alter, verheirateter Hausburche. Er hat seine Vergehen eingestanden.

Kehl, 4. Nov. Der vor einiger Zeit flüchtig gewordene Sekretär der Straßburger Straßenbahngesellschaft hat sich am Samstag selbst der Polizei gestellt. Die von ihm verübten Unterschlagungen sollen sich auf etwa 3000 M. belaufen.

Freiburg, 4. Nov. Wie verlautet, soll hier eine Werkstätte für Schnitzerei mit Staatsunterstützung errichtet werden. In derselben sollen vorbildliche Muster für die einheimische Industrie erstellt, sowie praktische Versuche gemacht werden.

Mimbach, 4. Nov. In verfloßener Nacht wurde hier auf der Kirchweihfeier der 28 Jahre alte Landwirt Michael Mader im Streit erschossen. Der Täter ging flüchtig.

Tennenbronn, 4. Nov. Hier brachte der 30 Jahre alte, verheiratete Säger Schuler, beschäftigt im Sägewerk von Chr. Wader in Sulgen, die linke Hand in die Sägmachine. Die Hand wurde fast vollständig durchgehauen; der Verletzte wurde ins Krankenhaus verbracht.

Vörrach, 4. Nov. Spurlos verschwunden ist seit vorigen Sonntag nachmittag der seit dem 1. Oktober bei der Abfertigungsstelle am Bahnhof in St. Ludwig beschäftigte gewesene Polizeisekretär Brunner. Er entsetzte sich nachmittags gegen 2 Uhr von seiner Wohnung und ist seitdem nicht wieder zurückgekehrt. Da er schon längere Zeit Anzeichen von Schwermut zeigte und bei seinem Verschwinden einen Revolver mitnahm, befürchtet man, daß der 35 Jahre alte Mann sich ein Leid angetan hat.

Niedhisingen, 4. Nov. Der Sohn des verstorbenen Josef Gilbert I. brachte seine Hand so unglücklich in die elektrisch betriebene Futterfäedischine, daß ihm die ganze Hand abgeschnitten wurde.

Wosbach, 4. Nov. Wie es sich herausstellt, ist das kürzlich in der Biotenanstalt ausgebrochene Feuer durch einen 15jährigen Zwangszüchtling angelegt worden. Dieser gibt als Grund seiner Tat an, das Feuer gelegt zu haben, weil er von anderen geärgert und des Diebstahls beschuldigt worden sei.

Aus der Stadt.

Karlruhe, 5. November. Heute Abend Parteiverammlung. Die Parteigenossen und Genossinnen seien nochmals auf die heute Abend 1/2 9 Uhr im „Auerbach“, Schützenstraße, stattfindende Parteiverammlung hingewiesen. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Referat des Gen. Sauer über die verfloßenen Landtagsarbeiten.

Eine geborgene Ordnungszahl. Großes Aufsehen erregt hier das Verschwinden des Rechtsanwalts Dr. Karl Lorenz, der nach bedeutenden Unterschlagungen ins Ausland geflohen ist. Dr. Lorenz war Testamentsvollstrecker im Nachlaß des vor 3 Jahren verstorbenen Professors an der Kunstakademie Ernst Schürth. Professor Schürth hatte in seinem Testament ungefähr 115 000 M. seiner Heimatgemeinde Neustadt i. Schw. vermacht, von welcher Summe Rechtsanwalt Lorenz 80 000 M. (nicht 800 000 M., wie auswärtige Blätter melden) unterschlagen hat. Die Gemeinde Neustadt hat erst etwa ein Drittel der Summe erhalten. Rechtsanwalt Lorenz verhandelt es, durch 3 Jahre hindurch die Angelegenheit hinzuziehen, bis die Gemeinde und das Nachlassgericht energische Schritte unternahmen. Erst vor wenigen Tagen soll Rechtsanwalt Lorenz die letzten 18 000 M., die noch auf der Bank waren, abgehoben haben.

Zu den Vermutungen wird aus Neustadt i. Schw. berichtet: Aus dem Vermächtnis des Professors Schürth entspringt auf die hiesige Realchule 80 000 M., auf die Volksschule und Gewerbeschule 5000 M. Von diesen 85 000 M. besitzt die Stadtgemeinde bereits 39 000 M. in Wertpapieren (Remittent). Wie groß der Ausfall auf die restlichen 46 000 M. sein wird, kann noch nicht gesagt werden. Nach Mithras des Bürgermeisters Schorf, welcher sich in dieser Angelegenheit nach Karlsruhe begeben hat, wird jedenfalls näheres bekannt werden. Von einem großen Verluste wird sehr wahrscheinlich auch das Städtische Krankenhaus in Neustadt betroffen, für welches ein Vermächtnis von ungefähr 20 000 M. vorbestimmt war. Außerdem werden die verschiedenen Verwandten des Verstorbenen, die mit Legaten bedacht waren, schwer geschädigt. Die der Stadtgemeinde von Prof. Schürth zugewiesenen Grundstücke werden natürlich durch die Vermittlung nicht betroffen. Gegen Rechtsanwalt Dr. Lorenz, welchen Professor Schürth als seinen Freund zum Testamentsvollstrecker bestimmt hat, ist Haftbefehl erlassen.

Der aus seiner Heimatstadt so eilig abgereiste Herr Doktor genos hier großes Ansehen, er war Reservoffizier und erster Vorsitzender des Militärvereinsverbandes des Alb- und Pfingauts, auch war er sonst noch mit verschiedenen Ehrenämtern beauftragt. Daß er natürlich seinen Militärvereinleuten manche schöne Rede über die Gefährlichkeit der Sozialdemokratie für Sitte und Eigentum hielt, ist selbstverständlich. Wie er zu solchen Reden qualifiziert war, zeigt seine nunmehrige „Abreise“.

„Am katholischen Bahnhof“. Es ist Stichwahl-Abend. Erwartungsvoll sitzen katholische Männer zusammen, um des Zentrumstages zweiten Teil zu feiern. Zollbeamte und Briefträger sind in großer Zahl darunter, die in ihren Uniformen sich von der schwarzen Tracht der zahlreich vertretenen Geislichkeit „malerisch“ abheben. Diese drei „Stammabäume“ — Zollbeamte, Postbeamte und Geisliche — geben der Versammlung scharf ausgeprägte Mittelpunkte. Zwischenhindurch schlüpfen noch eine Anzahl Geschäftsleute, Lehrer und Gerichtsbeamten; ganz vereinzelt sieht man auch Leute aus dem Arbeiterstande, aber nur vereinzelt.

Es ist angeordnet, daß die auswärtigen Wahlergebnisse im „Bahnhof“ einlaufen. Gegen 9 Uhr gibt es Bewegung. Die Einzelergebnisse zeigen bald, daß in Mannheim III die Wage sich zugunsten der Liberalen neigt. Ein Zentrumswahlvereinsmitglied verliest die einlaufenden Wahlschriften und gibt auch — es ist das recht nett von ihm — die erwiderten Erklärungen dazu. „Meine Herren“, sagte er, „das Zentrum in Mannheim hat Disziplin gehalten. Wenn wir oft auch als die Dummen bezeichnet werden so haben wir doch den Vogel fliegen gelernt! Wir haben geseigt, daß wir auch hier nicht ohne Bedeutung sind.“

Jetzt kommen die Einzelergebnisse aus Mannheim I und II. Mannheim hat sich für Weichsel entschieden. In Badenstadt ist es auch so. Seidenheim kann somit unser Verbündeter Karl nicht mehr retten. „Wir haben doch sicher geglaubt, daß Herr Warrer Karl der Sieger wird — mit Gottes Hilfe! Am Schwabinger Bezirk hoffen wir auf den Sieg Stephans. Sie sehen aber aus den Resultaten, daß die Liberalen doch nicht so für Stephan eingetreten sind, wie wir auf Grund unserer Informationen annehmen konnten. Undankbare Leute das, die Liberalen!“

Diesen Darlegungen folgt Schweigen. Zwei Jelle sind also schon den Bach hinunter. Mit einem tiefen Schluch aus dem Glose wird die erste Enttäuschung hinuntergeschwenkt. Und richtig, das hilft! Der nimmermüde Zeitungserleger verkündet Resultate aus dem Weinheimer Bezirk; der Sieg des Nationalliberalen wird freudig begrüßt, beinahe so freudig, wie wenn es sich um einen Bundesbruder handelte. Galla, jetzt gibts Leben! Warum und woher, weiß man noch nicht, man merkt nur, daß etwas Großes im Anzuge ist. Und richtig: der schwarze Sieg in Freiburg II über den Sozialdemokraten Engler wird gemeldet. Es bedarf keiner weiteren Erklärung seitens des Vorlesenden. Im Augenblick ist die ganze Versammlung in der gehobenen Stimmung. Die Herren Pfarrer schütteln sich die Hände, und die Briefträger und Zöllner lassen, so wie zuerst den liberalen Herrn Dr. Blum, nun auch ihren Freiburger Volkstrübem dreimal fröhlich hochleben.

Die Freude ist groß, schlägt aber schnell wieder in einen Raikenhammer um. Die Meldung, daß La hr von den Fortschrittlern geholt wurde, wird mit teilweisem „Pfui!“ beantwortet. Und als gar die Kunde von der konservativen Niederlage in Bretten eintrifft, da schnellen meine Nachbarn, die lieben, guten Briefboten, wie von einer Kletter gestochen in die Höhe und ergeben sich in den schimpflichsten Ausdrücken gegen die Sozialdemokratie. „Diese rote Gesellschaft ist schuld daran; diese Hand!“ sagt einer von ihnen, der in der Neckarstadt Dienst tut. „Ja, mein Lieber“, antwortete ich ihm, „die Roten sind schuld! Und ich werde schuld sein, wenn Sie an Weihnachten anstatt ein Geschenk die Tür gewiegen bekommen.“

Verdächtige Gesichter sehen mich an, Gesichter, die immer länger werden, je mehr Wahlergebnisse zur Verlesung kommen. Weid wird es ungemütlich. Die Reihen lichten sich. Wo erst Freude herrschte und Triumph, da zeigt sich bald eine recht gedrückte Stimmung. Immer wieder dozieren der Depechenverleser: wir haben auch hier und auch dort ein Resultat zugunsten des Blocks erwartet. „Daß Sinsheim für die Liberalen gehalten wurde, das zeigt, wie stramm die Sozialdemokraten das Abkommen gehalten haben!“ Mit tiefem Schweigen wurden die Mitteilungen solcher Art aufgenommen. So nahe vor dem Ziel noch aufgehoben, das drückt sehr auf die Gemüter.

Zu ungemütlich wirds auch mir, und ich verschwinde deshalb auch, um in Freundeskreisen zu erzählen, was ich bei den Schwarzen erlebt habe. (Aus der Mannheimer „Volkstimme“.)

Die Störungen im Betrieb des neuen Bahnhofs haben zwar nachgelassen, verschwunden sind sie aber immer noch nicht und werden es auch so rasch nicht sein; täglich stellen sich Mängel und Fehler ein. Bald da, bald dort sieht man Gruppen von Leuten, die mit ihren Werkzeugen die Leisten der Gleise nach Maßlinien eines Zuges „nachschlagen“, wie der technische Ausdruck lautet. Die sogenannten Hilfswagen stehen Tag und Nacht mit einer Maschine, nebst den nötigen Mannschaften bereit, um eventuell auszugreifen. Auf den Stellwerken funktionieren neben dem beständigen Personal noch Beamte. Fast täglich kommt es vor, daß die Züge von Mühlburg lange Zeit vor dem Einfahrtsignal liegen bleiben müssen, sodaß die meisten Reisenden gezwungen sind, in Weierheim auszustiegen und den Weg nach der Stadt zu Fuß oder mit der Straßenbahn zurückzulegen. So war es am Montag nachmittag wieder bei dem Magauer Zug der Fall, der nach Forzheim durchgeht und über eine halbe Stunde Verspätung erhielt. Verschiedene Gleisüberlegungen machen es nötig, die Züge auf anderen Bahnsteigen, als angegeben, einfahren zu lassen; so fuhr am Montag der Heilbronner Zug statt auf Gleis 5 auf Gleis 2 ein. Eine Benachrichtigung über auf den Zug wartenden Leute erfolgte aber nicht, so daß die Reisenden längst den Bahnhof verlassen hatten, als die mit Bahnsteigarten versehenen Personen, die Bekannte mit dem Zug erwarteten, immer noch auf die Einfahrt des Zuges warteten. Vieles, vieles ist noch zu verbessern. Es wäre aber wirklich an der Zeit, daß der Betrieb im neuen Bahnhof ein geordneter würde.

Weihnachtsmesse des Gewerbevereins Karlsruhe e. V. Man schreibt uns: Wie bereits bekannt, findet im Monat Dezember ds. Js. in der Landesgewerbehalle eine Weihnachtsmesse statt, die den hiesigen Handwerksmeistern und Gewerbetreibenden Gelegenheit gibt, ihre Erzeugnisse und sonstige Waren zur Ausstellung und zum Verkauf zu bringen. Nach den bis jetzt vorliegenden Anmeldungen zu dieser Ausstellung kann gesagt werden, daß die zweite Weihnachtsmesse der letzten im vorigen Jahre nicht nachstehen wird. Sie wird wiederum dem Besucher die Leistungsfähigkeit und das hervorragende Können des Karlsruher Gewerbe- und Handwerkerstandes vor Augen führen und so manchen Zweifelnden überzeugen können, daß die Handwerksmeister und Gewerbetreibenden wirklich die Forderungen eines guten Geschmades, mit denen der Gebiegenheit, Zweckmäßigkeit und angemessenen Preises erfüllen können. In den Ausstellungsbedingungen ist man in diesem Jahre etwas mitgehend. Die Aussteller, die ihre selbst gefertigten Erzeugnisse in hervorragender Zahl zur Schau bringen, können nebenbei auch fabrikmäßig hergestellte Artikel und Waren ausstellen, um dem Publikum zu zeigen, welche Gegenstände und Waren in ihrem Geschäft noch zu kaufen sind, und die sie als Fachleute in Bezug auf gute Qualität zu beurteilen in der Lage sind. Bei dem großen Interesse der letztjährigen Weihnachtsmesse sieht somit zu hoffen, daß auch in diesem Jahre für die ausstellenden Firmen der geschäftliche Erfolg nicht ausbleiben wird. Der Anmeldetermin zur Beteiligung läuft am 15. d. M. ab und werden bis zu dieser Zeit bei dem Schriftführer des Gewerbevereins, Gewerbelehrer Huber, Langstraße 7, Anmeldungen entgegengenommen, woselbst auch die Ausstellungsbedingungen erhältlich sind.

Fahrplanänderung. Der zwischen Karlsruhe und Durlach verkehrende Zug Nr. 1282, der um 6 Uhr 7 Minuten nachmittags von hier wegfährt, fällt bis auf weiteres aus.

Selbstmord. Infolge finanzieller Schwierigkeiten machte ein etwa 40jähriger verheirateter Kaufmann von hier seinen Leben durch Erschießen ein Ende.

Todesfälle. Im 68. Lebensjahre starb gestern nacht Kaufmann Wilhelm Bloß. Der Verbliebene, ein Bruder des Stadtrats Bloß, war in früheren Jahren in leitender Stellung bei der Firma Wolf u. Sohn tätig. — Der in weiten Kreisen der Bevölkerung bekannte praktische Arzt Dr. Ludwig Uhrig ist gestern nachmittag gestorben.

den Sieg Stephans. Sie sehen aber aus den Resultaten, daß die Liberalen doch nicht so für Stephan eingetreten sind, wie wir auf Grund unserer Informationen annehmen konnten. Undankbare Leute das, die Liberalen!

Diesen Darlegungen folgt Schweigen. Zwei Jelle sind also schon den Bach hinunter. Mit einem tiefen Schluch aus dem Glose wird die erste Enttäuschung hinuntergeschwenkt. Und richtig, das hilft! Der nimmermüde Zeitungserleger verkündet Resultate aus dem Weinheimer Bezirk; der Sieg des Nationalliberalen wird freudig begrüßt, beinahe so freudig, wie wenn es sich um einen Bundesbruder handelte. Galla, jetzt gibts Leben! Warum und woher, weiß man noch nicht, man merkt nur, daß etwas Großes im Anzuge ist. Und richtig: der schwarze Sieg in Freiburg II über den Sozialdemokraten Engler wird gemeldet. Es bedarf keiner weiteren Erklärung seitens des Vorlesenden. Im Augenblick ist die ganze Versammlung in der gehobenen Stimmung. Die Herren Pfarrer schütteln sich die Hände, und die Briefträger und Zöllner lassen, so wie zuerst den liberalen Herrn Dr. Blum, nun auch ihren Freiburger Volkstrübem dreimal fröhlich hochleben.

Die Freude ist groß, schlägt aber schnell wieder in einen Raikenhammer um. Die Meldung, daß La hr von den Fortschrittlern geholt wurde, wird mit teilweisem „Pfui!“ beantwortet. Und als gar die Kunde von der konservativen Niederlage in Bretten eintrifft, da schnellen meine Nachbarn, die lieben, guten Briefboten, wie von einer Kletter gestochen in die Höhe und ergeben sich in den schimpflichsten Ausdrücken gegen die Sozialdemokratie. „Diese rote Gesellschaft ist schuld daran; diese Hand!“ sagt einer von ihnen, der in der Neckarstadt Dienst tut. „Ja, mein Lieber“, antwortete ich ihm, „die Roten sind schuld! Und ich werde schuld sein, wenn Sie an Weihnachten anstatt ein Geschenk die Tür gewiegen bekommen.“

Verdächtige Gesichter sehen mich an, Gesichter, die immer länger werden, je mehr Wahlergebnisse zur Verlesung kommen. Weid wird es ungemütlich. Die Reihen lichten sich. Wo erst Freude herrschte und Triumph, da zeigt sich bald eine recht gedrückte Stimmung. Immer wieder dozieren der Depechenverleser: wir haben auch hier und auch dort ein Resultat zugunsten des Blocks erwartet. „Daß Sinsheim für die Liberalen gehalten wurde, das zeigt, wie stramm die Sozialdemokraten das Abkommen gehalten haben!“ Mit tiefem Schweigen wurden die Mitteilungen solcher Art aufgenommen. So nahe vor dem Ziel noch aufgehoben, das drückt sehr auf die Gemüter.

Zu ungemütlich wirds auch mir, und ich verschwinde deshalb auch, um in Freundeskreisen zu erzählen, was ich bei den Schwarzen erlebt habe. (Aus der Mannheimer „Volkstimme“.)

Die Störungen im Betrieb des neuen Bahnhofs haben zwar nachgelassen, verschwunden sind sie aber immer noch nicht und werden es auch so rasch nicht sein; täglich stellen sich Mängel und Fehler ein. Bald da, bald dort sieht man Gruppen von Leuten, die mit ihren Werkzeugen die Leisten der Gleise nach Maßlinien eines Zuges „nachschlagen“, wie der technische Ausdruck lautet. Die sogenannten Hilfswagen stehen Tag und Nacht mit einer Maschine, nebst den nötigen Mannschaften bereit, um eventuell auszugreifen. Auf den Stellwerken funktionieren neben dem beständigen Personal noch Beamte. Fast täglich kommt es vor, daß die Züge von Mühlburg lange Zeit vor dem Einfahrtsignal liegen bleiben müssen, sodaß die meisten Reisenden gezwungen sind, in Weierheim auszustiegen und den Weg nach der Stadt zu Fuß oder mit der Straßenbahn zurückzulegen. So war es am Montag nachmittag wieder bei dem Magauer Zug der Fall, der nach Forzheim durchgeht und über eine halbe Stunde Verspätung erhielt. Verschiedene Gleisüberlegungen machen es nötig, die Züge auf anderen Bahnsteigen, als angegeben, einfahren zu lassen; so fuhr am Montag der Heilbronner Zug statt auf Gleis 5 auf Gleis 2 ein. Eine Benachrichtigung über auf den Zug wartenden Leute erfolgte aber nicht, so daß die Reisenden längst den Bahnhof verlassen hatten, als die mit Bahnsteigarten versehenen Personen, die Bekannte mit dem Zug erwarteten, immer noch auf die Einfahrt des Zuges warteten. Vieles, vieles ist noch zu verbessern. Es wäre aber wirklich an der Zeit, daß der Betrieb im neuen Bahnhof ein geordneter würde.

Weihnachtsmesse des Gewerbevereins Karlsruhe e. V. Man schreibt uns: Wie bereits bekannt, findet im Monat Dezember ds. Js. in der Landesgewerbehalle eine Weihnachtsmesse statt, die den hiesigen Handwerksmeistern und Gewerbetreibenden Gelegenheit gibt, ihre Erzeugnisse und sonstige Waren zur Ausstellung und zum Verkauf zu bringen. Nach den bis jetzt vorliegenden Anmeldungen zu dieser Ausstellung kann gesagt werden, daß die zweite Weihnachtsmesse der letzten im vorigen Jahre nicht nachstehen wird. Sie wird wiederum dem Besucher die Leistungsfähigkeit und das hervorragende Können des Karlsruher Gewerbe- und Handwerkerstandes vor Augen führen und so manchen Zweifelnden überzeugen können, daß die Handwerksmeister und Gewerbetreibenden wirklich die Forderungen eines guten Geschmades, mit denen der Gebiegenheit, Zweckmäßigkeit und angemessenen Preises erfüllen können. In den Ausstellungsbedingungen ist man in diesem Jahre etwas mitgehend. Die Aussteller, die ihre selbst gefertigten Erzeugnisse in hervorragender Zahl zur Schau bringen, können nebenbei auch fabrikmäßig hergestellte Artikel und Waren ausstellen, um dem Publikum zu zeigen, welche Gegenstände und Waren in ihrem Geschäft noch zu kaufen sind, und die sie als Fachleute in Bezug auf gute Qualität zu beurteilen in der Lage sind. Bei dem großen Interesse der letztjährigen Weihnachtsmesse sieht somit zu hoffen, daß auch in diesem Jahre für die ausstellenden Firmen der geschäftliche Erfolg nicht ausbleiben wird. Der Anmeldetermin zur Beteiligung läuft am 15. d. M. ab und werden bis zu dieser Zeit bei dem Schriftführer des Gewerbevereins, Gewerbelehrer Huber, Langstraße 7, Anmeldungen entgegengenommen, woselbst auch die Ausstellungsbedingungen erhältlich sind.

Fahrplanänderung. Der zwischen Karlsruhe und Durlach verkehrende Zug Nr. 1282, der um 6 Uhr 7 Minuten nachmittags von hier wegfährt, fällt bis auf weiteres aus.

Selbstmord. Infolge finanzieller Schwierigkeiten machte ein etwa 40jähriger verheirateter Kaufmann von hier seinen Leben durch Erschießen ein Ende.

Todesfälle. Im 68. Lebensjahre starb gestern nacht Kaufmann Wilhelm Bloß. Der Verbliebene, ein Bruder des Stadtrats Bloß, war in früheren Jahren in leitender Stellung bei der Firma Wolf u. Sohn tätig. — Der in weiten Kreisen der Bevölkerung bekannte praktische Arzt Dr. Ludwig Uhrig ist gestern nachmittag gestorben.

Seite 2. ... Butter ... Haus ... 1.25 ... 1.35 ... 1.22 ... 279.

* Fußverletzungen zogen sich gestern nachmittag ein Mädchen und ein 13 Jahre alter Knabe auf der Nobelbahn am Rehsplatz dadurch zu, daß sie nach Beendigung der Schlittenfahrt die Füße nach vorne austreten und mit großer Wucht gegen die Polsterung führen.

* Erschossen hat sich wegen peluniärer Sorgen gestern vormittag ein hier in der Kaiserstraße wohnhafter 37 Jahre alter Kaufmann und Fabrikant aus Forzheim.

* Ein jugendlicher Fälscher. 3971 Mark wollte gestern vormittag ein bei einer hiesigen kaufmännischen Firma beschäftigter Lehrling mittels einer gefälschten Quittung bei einer hiesigen Bank erheben. Der Betrug wurde aber alsbald entdeckt und der Täter festgenommen.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

* Vom Residenztheater. Man schreibt uns: Das Kaleidoskop ist der Vorgänger des heutigen Kinematographen. Allgemein bekannt ist der Apparat, den man den Kleinen zum Spielen gibt. Beim Umdrehen eines runden Kastens entfleht auf den in der Mitte angebrachten Spiegeln aus eine Reihe von Bildern, deren jedes die Fortsetzung einer Handlung darstellt, eine geschlossene Handlung. Beim Kino ist die normale Anzahl der Bildabschnitte, die in der Sekunde vor der Linse passieren 16. So interessant die Sache ist, so gibt es doch immer noch Leute, die noch nie im Kino waren und auch noch keinen Blick hinter die Leinwand oder Glasplatte taten. Das Residenz-Theater ist bereits, jedem Besucher auf Wunsch das Reich der Wunder zu erschließen und nach Möglichkeit über alles Auskunft zu erteilen.

* Lichtspiele Metrovostino. Man schreibt uns: Das neue Programm bringt u. a. zwei Dramen sowie eine Reihe reizender humoristischer Aufnahmen. Ferner ist der reizende Film "Liebesintrigen" bis Freitag verlängert. In den Abendvorstellungen singt bis einschließlich Freitag Maria Angela.

* Lionel, der Löwenmensch, und Prinz Put, der kleinste Mann der Welt, stellten sich gestern morgen auf unserer Redaktion vor. Es sind zwei interessante Personen, die mit Recht auf der Messe Aufsehen erregen. Lionel ist ein junger Mann, in Gang und Haltung unterscheidet er sich nicht von den andern Leuten seines Alters, nur ist er am ganzen Körper mit einem weichen, gelben Haar bedeckt. Das Haar wächst ihm in dichten, langen Fäden sogar zu Ohr und Nase heraus, dicht bewachsen sind auch die Augenbrauen. Prinz Put ist eine nicht minder interessante Person, er wiegt nicht ganz 8 Kilogramm und hat eine Größe von 65 Zentimeter. Wer die Messe sich ansieht, sollte nicht veräumen, auch diesen beiden jungen Leuten einen Besuch abzustatten.

Gerichtszeitung.

1. Nachwehen zu einer Bürgermeisternwahl. Nach zweitägiger Verhandlung ging vor der Freiburger Strafkammer der Strafprozeß zu Ende, dem eigentümliche Vorkommnisse in dem im Bezirk Mühlheim gelegenen Städtchen Sulzburg zugrunde lagen, worüber wir gestern schon einiges berichteten. Es herrschten dort seit Jahren zwischen dem früheren Bürgermeister Grether einerseits und dem dortigen israelitischen Arzt Dr. Frank, sowie dem jetzt nach dem Unterland verlegten Oberförster Philipp andererseits ernste Differenzen. Bürgermeister Grether gebrauchte einmal in zorniger Aufwallung bei der Frage einer Befehung der Hilfsratschreiberstelle die Worte: er wolle keinen Juden und keinen Katholiken auf dem Rathaus. Dadurch zog er sich den Haß des katholischen Oberförsters Philipp zu, der sich dadurch zu rächen suchte, daß er fortwährend Anzeigen über angebliche dienstliche Verstöße des Bürgermeisters Grether bei dem Bezirksamt und der Staatsanwaltschaft Freiburg erstattete, die sich aber bei näherer Prüfung samt und sonders als haltlos herausstellten. Dr. Frank verjagte im Krankenhaus Sulzburg, entgegen der Gepflogenheit, wonach er von Jahr zu Jahr mit einem Kollegen abzuwechseln hatte, die Praxis im Spital nach Ablauf einer Frist weiter auszuüben, was ihm von Bürgermeister Grether unterjagt wurde. Als nun im Juni d. J. für den zurückgetretenen Bürgermeister Grether eine Neuwahl stattfand, regte Amtsvorstand Hebling von Mühlheim im Kreise der Sulzburger Gemeinderäte an, dem vom Amte scheidenden Bürgermeister Grether, dessen Fähigkeiten er schätzen gelernt hatte, einen ehrenden Nachruf zu widmen. Der neue Bürgermeister Kaiser fühlte sich bewogen, in dem nachfolgenden öffentlichen Bankett der Direktion des Amtsvorstandes nachzukommen. Dabei soll der Ausdruck gefallen sein, die Gegner des angefeindeten Bürgermeisters Grether seien im Unrecht gewesen. Der sich dadurch betroffenen fühlende Arzt Dr. Frank erließ darauf im Sulzburger Lokalblatt eine öffentliche Erklärung, in der er dem Amtsvorstand Hebling in Mühlheim vorwarf, er habe bezüglich der Anerkennung des Bürgermeisters Grether die Unwahrheit gesagt. Die Staatsanwaltschaft erhob gegen Dr. Frank deswegen Anklage wegen öffentlicher Beleidigung. In der zweitägigen Verhandlung wurden eine große Zahl Zeugen vernommen, die unerschiedlichen Gemeindeverhältnisse von Sulzburg erfuhren dabei eine eingehende Beleuchtung. Die Strafkammer kam zu einer Freisprechung Dr. Franks, es wurde zwar eine schwere Beleidigung für vorliegend erachtet, aber dem Angeklagten der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zugewilligt. In der Urteilsbegründung wurde aber auch anerkannt, daß Oberamtstand Hebling nicht den geringsten Vorwurf treffe, er sei durchaus berechtigt gewesen, dem künftigen Bürgermeister Grether einen ehrenden Nachruf zu erteilen.

Luftschiffahrt und Flugsport.

Wien, 4. Nov. Gestern trafen abermals zwei deutsche Fliegeroffiziere hier ein, Leutnant Viktor Carganico vom 4. Flieger-Bataillon und Leutnant Friedberg vom 4. Jäger-Bataillon. Sie haben insgesamt 3200 Kilometer Luftlinie zurückgelegt und hoffen damit den Weltrekord Brindejones gebrochen zu haben.

Frankfurt a. M., 4. Nov. Die Verhandlungen mit dem französischen Flieger Regoud sind nunmehr soweit gediehen, daß es als sicher gilt, daß Regoud in Frankfurt fliegen wird; ein endgültiger Termin ist jedoch noch nicht festgesetzt, doch ist es wahrscheinlich, daß Regoud sich bereits am kommenden Sonntag und Montag, den 9. und 10. November, in Frankfurt produzieren wird. Sollte dieser Termin nicht eingehalten werden, können, so ist der 16. oder 17. November in Aussicht genommen. Regoud wird für jeden Tag das Honorar von 40 000 Mk. erhalten.

Neues vom Tage.

Ins Irrenhaus statt ins Gefängnis.

Frankfurt a. O., 4. Nov. Der zweite Prozeß gegen den der vorläufigen Lösung angeklagten Professor Kurt von Knobloch wurde noch gestern abend zu Ende geführt. Das Schwurgericht kam, wie es Staatsanwalt und Verteidiger beantragten, nach einer nur wenigen Minuten währenden Beratung zu einem freisprechenden Urteil. Kurt von Knobloch wurde hierauf dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend sofort in Sicherkeitshaft genommen, um in die Irrenanstalt in Landsberg a. S. M. überführt zu werden.

Aufgefundene Frauenleiche.

Berlin, 4. Nov. In der Nähe des Bahnhofes Zannowitz-Brücke an der Weisen-Brücke wurde heute vormittag in der Spreche der Oberkörper einer Frauenleiche treibend gefunden. Da der Verdacht besteht, daß die unbekannte Frau einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, hat die Nordkommission sofort alle Maßregeln zur Aufklärung des schaurigen Fundes getroffen. Die Leichenjahre ergab jedoch kein positives Resultat über die Herkunft der Verwundung. Die Kriminalpolizei sucht Belohnungen auf die Melognoisierung der Leiche, sowie auf die Ermittlung der noch fehlenden Leihenteile aus.

Verhafteter Flüchtling.

Berlin, 4. Nov. Der frühere Charlottenburger Stadtschreiber Hans Kiese, der im Sommer d. J. nach Unterschlagungen in Höhe von etwa einer halben Million flüchtete, ist jetzt von der englischen Polizei in dem Städtchen Richmond verhaftet worden.

Bank-Zusammenbruch.

Hamburg, 4. Nov. Der Zusammenbruch der hanseatischen Bank A.-G. in Hamburg, der vor wenigen Wochen großes Aufsehen erregte, hat jetzt zur Folge gehabt, daß die Hamburg-Altonaer Kreditbank mit unbeschränkter Haftung beschlossen hat, sich aufzulösen.

Grubenunfall.

Langenbrer, 4. Nov. Auf der Zeche Bruchstraße ereignete sich heute morgen ein schweres Unglück. Vier Bergleute stürzten beim Besteigen eines Bremsberges diesen hinab. Zwei waren auf der Stelle tot, die beiden andern erlitten lebensgefährliche Verletzungen. Der Unglücksfall ist auf eigenes Verschulden zurückzuführen, weil die Verunglückten verbotswidrig den Bremsberg zur Ausfahrt benutzt hatten.

Rinbesmord.

Turin, 4. Nov. In Sambuco bei Bistoja wurden gestern der 32 Jahre alte Pfarrer Rubens und seine 23jährige Köchin verhaftet. Der Pfarrer steht im Verdacht, das neugeborene Kind der Köchin mit deren Einwilligung mit Petroleum begossen und verbrannt zu haben. Die entrißene Bevölkerung von Sambuco umlagert das Gefängnis und will die Schuldigen lynchen.

Prozeß gegen die Prinzessin Luise.

Brüssel, 4. Nov. Heute vormittag begann vor dem hiesigen Gericht die Verhandlung gegen die Prinzessin Luise von Belgien, die von Frau Schneemann-Hamburg auf Zahlung von 3 1/2 Millionen Franken verklagt worden ist. Frau Schneemann will dieses Geld der Prinzessin geliehen haben. Sie wird von dem belgischen Advokaten Bödeman verteidigt. Frau Schneemann verlangt eine Sicherheit für ihre Schuld und will für ihre Forderung bei der Testamentsaufstellung des Vermögens Leopold II. ein Vorrrecht erhalten.

Grubenbrand.

Madrid, 4. Nov. Ein hier eingetroffenes Telegramm aus Guelba bringt die Nachricht, daß auf der der Rio Tinto-Gesellschaft gehörenden Grube San Dionisio ein Feuerbrand ausgebrochen sei. Die Situation wird als äußerst ernst bezeichnet, doch wird mitgeteilt, daß sich die Leute überall ruhig verhalten.

Letzte Nachrichten.

Die bayrische Königsfrage gelöst.

München, 4. Nov. Das „Gesetz und Verordnungsblatt“ vom 4. Nov. 1913 Nr. 56 veröffentlicht das von der Kammer der Abgeordneten am 30. Oktober und von der Kammer der Reichsräte in der heutigen Sitzung angenommene Gesetz über die Krone ntenschaft. Damit hat das Gesetz Gesetzeskraft erlangt.

Ein Zwischenfall im oldenburgischen Landtag

Oldenburg, 4. Nov. Als heute mittag bei Eröffnung des Landtages die Sozialdemokraten bei dem Hoch auf den Landesfürsten sitzen blieben, wurden sie von den Führern der Agrariern und der Zentrumsparthei aufs schärfste angegriffen. Der agrarische Abgeordnete Müller nannte das Sitzenbleiben eine Beleidigung des Großherzogs und einen Bruch des Eidschwures der Abgeordneten und rief die Hilfe der Regierung an. Minister Ruchtrat 1 lehnte jedes Einschreiten mit dem Bemerkens ab, dies sei nicht Sache der Staatsregierung. Der Zwischenfall rief große Erregung hervor.

Aus dem ungarischen Reichstag.

Budapest, 4. Nov. Die Opposition erschien heute im Parlament, hielt sich jedoch anfangs nur in den Couloirs auf und kam erst in den Sitzungssaal, als der Gesekentwurf über die Schwurgerichte zur Verhandlung kam. Zu Beginn der Debatte gab Apponyi die Erklärung ab, das Erscheinen der Opposition bedeute nicht, daß die Opposition ihren bisherigen Standpunkt aufgeben, an den Beratungen des in rechtliche Anarchie und unter militärische Herrschaft gelangten Landes nicht in normaler Weise teilzunehmen. Wo aber Verfassung und Freiheit bedroht seien, wie in dem Gesekentwurf über die Schwurgerichte und die Prekzreform, halte sie es für ihre Pflicht, im Hause das Wort zu ergreifen, doch nur auf Grund der alten Hausordnung. Der Präsident rügte die von Apponyi gebrauchten Ausdrücke und erklärte, daß es nur eine Hausordnung gebe, welche alle Abgeordnete binde. Als am Schluß der Sitzung Präsident Voethy beantragte, daß morgen die Verhandlung über den Gesekentwurf betreffend die Schwurgerichte fortgesetzt werde, erhob sich Abg. Lovassz zu einem Gegenantrag. Er erklärte, daß der Mehrheit des heutigen Abgeordnetenhauses die sittliche Basis fehle, um Gesetze zu schaffen, da durch gerichtliches Urteil erwiesen sei, daß die Regierung für Amtshandlungen Geld anahm, um mit dessen Hilfe eine Mehrheit zusammenzubringen. Lovassz wurde wiederholt zur Sache gerufen und als er trotzdem fortfuhr, diesen Gegenstand zu erörtern und begann, den Verlesungsparagrafen des Strafgesetzes vorzulesen, entzog ihm der Präsident wegen Abweichung vom Gegenstand das Wort. Die Opposition nahm die Wortentziehung mit lautem Protest auf und rief der Mehrheit zu, daß sie das Strafgesetz zu fürchten scheine. Da im Kärm die Verhandlung nicht fortgesetzt werden konnte, wurde die Sitzung unterbrochen. Nach der Wiedereröffnung der Sitzung leitete Lovassz, ohne sich um die Wortentziehung zu kümmern, die Verlesung des Verlesungsparagrafen fort unter fortgesetztem stürmischem Widerspruch der Mehrheit und unter anhaltendem Läuten des Präsidenten. Tatsächlich gelang es ihm, die Verlesung des Paragrafen zu beenden. Da der Lärm fortbauert, suspendiert der Präsident die Sitzung und läßt die Parlamentswache einrücken mit dem Auftrag, die Abgeordneten Lovassz, Johann Zuzijh und Abraham zu entfernen. Als die Opposition die Parlamentswache bemerkt, verläßt sie unter Aufen: „In einer Kaserne verhandeln wir nicht!“ den Saal.

Ein preußisches Kulturbild.

Schleswig, 4. Nov. In Sothen des geplant gemeinlichen Vortrages des Polarforschers Munnigju wird bestätigt,

daß mit Rücksicht auf bestehende nationalpolitische Gegenstände die für Hensburg auf Grund des § 12 des Reichsvereinsgesetzes für eine öffentliche Verammlung beantragte Genehmigung zum Gebrauch der der dänischen verwandten nordnordischen Sprache abgelehnt worden ist. Ein Vortrag des Vortragenden in deutscher Sprache ist nicht beantragt worden.

Aus der französischen Kammer.

Paris, 4. Nov. Die Kammer verwies den Budgetentwurf an die demnächst in den Abteilungen zu wählende Kommission und besprach dann die Regelung ihrer Tagesordnung. Der Sozialist Groussier beantragte, die Vorlage über die Einführung der Verhältnissewahl an die Spitze zu stellen. Der Radikale Thierry Cojés beantragte diesen Vorschlag.

Die Kammer beschloß mit 111 gegen 123 Stimmen, die Beratung der Schulgesetze an die zweite Stelle der Tagesordnung zu setzen.

Bergarbeiterstreik.

Brüssel, 4. Nov. In allen Schächten der Kohlenbergwerke von Fiem im Bezirk Mons haben die Bergleute die Arbeit niedergelegt. Den Anlaß dazu gab die von der Verwaltung bekannt gemachte Herabsetzung der Löhne um 10 Prozent für Arbeiter und 25 Centimes für die Häuer. Bisher sind 1800 Bergleute ausständig.

Die englischen Suffragetten.

London, 4. Nov. Frau Silvia Bankhurst forderte gestern die Wahlweiber in einer Rede auf, dem Beispiele der Männer zu folgen und eine revolutionäre Armee heranzubilden. Ein hervorragender Offizier habe bereits zugesagt, den Oberbefehl zu übernehmen. Er werde am Mittwoch in Bath mit der Organisation des ersten Bataillons beginnen.

Abbruch der türkisch-griechischen Verhandlungen?

Konstantinopel, 4. Nov. In diplomatischen Kreisen befürchtet man den Abbruch der griechisch-türkischen Verhandlungen. Indessen glaubt man, daß es sich dabei nur um eine Formsache handle und daß nach Wochenschrift die Verhandlungen zur Wiederaufnahme gelangen.

Abermalige Verlängerung des serbischen Moratoriums.

Belgrad, 4. Nov. Im Verlauf der heutigen Spezialdebatte über das Moratoriumsgesetz änderte die Schlußkommission mit Zustimmung der Regierung den Artikel 1 des Gesetzes dahin ab, daß das Moratorium für Wechselverpflichtungen, das am 30. Dezember ablaufen sollte, bis zum 30. Januar 114 verlängert wird.

Ein amerikanisches Ultimatum an Mexiko.

Mexiko, 4. Nov. Das Reutersche Bureau meldet aus Mexiko City: Am Montag in später Stunde hatte Guerra noch keine Antwort auf das Ultimatum gegeben. Es scheint, daß er es vor allen seinen amtlichen und intimen Ratgebern geheim hielt. Diese glauben, daß Guerra entweder glatt ablehnen muß, indem er dem amerikanischen Bevollmächtigten den Haß zuteilt, oder daß er offiziell ausscheiden muß. Die Mehrheit besteht darauf, daß er nicht abtreten dürfe, weil dies einer Unterwerfung unter die Rebellen gleichkäme. Das offizielle Mexiko zweifelt nicht mehr, daß Washington die Sache der Auführer unterstützt.

Verantwortliche: Für den politischen Teil, Partei, Rechte Nachrichten: Wilhelm Röß; für Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Aus dem Lande und Neues vom Tage: Hermann Kabel; für Kommunalpolitik, Aus der Stadt und Preussentum: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Quittung.

Für den 40. Landtagswahlkreis gingen weiter ein: Zellerfammlung Hagsfeld 11,65 Mk., Zellerfammlung Wädig 2 Mk., Sammellisten Hagsfeld Nr. 1: 1,20 Mk., Nr. 2: 3,20 Mk., Nr. 5: 6,20 Mk., Nr. 7: 7,20 Mk., Nr. 8: 2,80 Mk., Nr. 10: 10,40 Mk., Nr. 100: 7,70 Mk., Nr. 3: 2,80 Mk., Sammellisten Späth Nr. 36: 8,20 Mk., Nr. 34: 7,40 Mk., Nr. 35: 2 Mk., Zellerfammlung in Späth 4,25 Mk. Bisher quittiert 254,35 Mk., Summa 331,25 Mk. Die noch ausstehenden Sammellisten und Gelder sind sofort an den Kassier Hermann Strohhfeldt, Hagsfeld, Schulstraße 41, einzuliefern.

Wasserstand des Rheins.

5. November. Schusterinsel 0,95 m, gefl. 0 m, Reßl 1,90 m, gefl. 0 m, Wagan 3,17 m, gefl. 1 m, Mannheim 2,18 m, gefl. 2 m.

Geschäftliches.

Sparsame Hausfrauen sollten nicht allein auf große Ausgiebigkeit eines Kinderernähmittlems sehen, sondern auch darauf, daß es die Kinder gut ernährt und gern von ihnen genommen wird. Vereint findet die Mutter diese Vorzüge in dem langbewährten „Kufek“. Es ist ausgiebig, d. h. billig im Gebrauche, denn es soll nicht als Brei, sondern als dünne Suppe — mit Milch bereitet — gegeben werden; es nährt die Kinder vortrefflich, mundet ihnen gut und verhindert auch nach Möglichkeit das Auftreten von Magen- und Darmkrankheiten. 250

Weiße Rüben mit Gänselein. 6 Personen, 2 Stunden. Man kocht das gut zureichgemachte Gänselein in Wasser mit Salz und einer Zwiebel weich, nimmt es dann heraus und stellt es vorläufig beiseite. In der Brühe werden nun die sauber gepulverten weißen Rüben (etwa 1—1 1/2 Kilo) weidgedocht und mit einem Schaumlöffel herausgenommen. Indessen hat man 2 Schöffel Mehl in 80 Gramm Butter braun werden lassen, verköcht dies mit der Brühe zu einer feimigen Sauce, gibt noch Geschmacks etwas Zucker und Pfeffer hinzu, legt Rüben und Gänselein wieder hinein, rührt 2 Teelöffel Raggis Würst dazu und läßt das Gericht gut heiß werden. Schließlich wird alles zusammen angerichtet. Man kann außer den Rüben auch 2 Kilo Kartoffeln, die für sich allein in Wasser gargekocht sind mit Rüben und Klein in der Sauce vermischen.

Buchhandlung Volksfreund

„Arbeiter-Notiz-Kalender 1914“. Preis 50 Pfg. Porto 10 Pfg. Protokoll des Parteitags in Jena. Vereinsausgabe Preis 1,25 Mk., gebunden 1,75 Mk. Die gute Ausgabe broschiert 2,50 Mk., Solitärband 3,50 Mk. Porto 30 Pfg.



Rheinperle
Margarine
ganz frisch vom Block
in allen Geschäften
feinster
Molkereibutter
gleich

Jurgens & Prinzen G. m. b. H. Goch (Rhld.) SOLO in Corton
Fabrikanten der allbewährten Marke

Pfannkuch & Co

Brot

täglich frisch in den Karlsruher
Filialen erhältlich. 4516
Garantie für tadellose Ware.

Schwarzbrot ca. 1400 gr. **36**,-
do. ca. 700 gr. **18**,-
Weißbrot ca. 700 gr. **20**,-

Besonders zu empfehlen:
Bauernbrot Laib **38**,-
Steinmehlbrot Laib **30**,-
Schlüterbrot Laib **20**,-

Pfannkuch & Co
in den bekannten Verkaufsstellen

Persil



das selbsttätige
Waschmittel

Kaffeeflecken
auch solche von Kakao, Tee, Obst, Blut, Tinte
etc. herrührend, beseitigt spielend einmaliges
Waschen in Persil.

Denkbar gründlichste Reinigung
bei grösster Schonung des Stoffes und garanti-
erter Unschädlichkeit.

Überall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Auch Fabrikanten der allbeliebten
Henkel Bleich Soda

Schwarzwälder Hof
Luisenstraße 57.
Heute
Mittwoch
Schlachttag.
Spezialität: Zellerfäulzen oder
Gallert.
Ebendasselbst ist ein schönes
Nebenzimmer mit sep. Eingang,
ca. 40 Personen fassend, für einige
Samstage an Verein oder Ge-
sellschaft zu vergeben. 102
G. Bender.

Süßbäcklinge
täglich frische Sendungen
per Stück 8 und 10,-
Bismarckheringe
und Rollmops
3 Stück 20,- 4501
Holl. Bollheringe
10 Stück 58,-
Prima Milchener
10 Stück 68,-
Bismarckheringe
die 4 Liter-Dose 2.15

Euger und Co
in allen
Preislagen
Gravieren gratis.
Fritz Steidle, Rastatt
Kaiserstrasse 32.

Grosse
Straßburger
1 Mk.-Loterie
Ziehung sicher 8. Nov.
Gesamtw. d. Gewinne:
40000 Mk.
Hauptgewinn
10000 Mk.
Grosse Badische
Rote Geld-
Loterie
3320 Goldgew. und 1 Prämie bar Gold
37000 Mk.
Mögl. Höchstgewinn
15000 Mk.
Ziehung sicher 22. Nov.
Lose je 1 M., 11 L. 10 M.,
Porto und Liste je 25,-
empfehl. Lotterie-Unternehmer
J. Stürmer
Straßburg i. E., Langstraße 107.
Filiale: Keht a. Rh., Hauptstr. 47.
in Karlsruhe: Carl Götz,
Ketscher 11/15, E. Flüge

Grosse Posten
Aussteuer-Artikel
Schürzen, Wäsche u. Trikotagen
kommen von heute ab aussergewöhnlich preiswert zum Verkauf.

Elsässer Tücher
Renforcé und Cretonne, 80/82 cm breit
Mtr. 22,- 28,- 35,- 42,- 58,- 65,-

Halbleinen, gebleicht
80/82 cm breit, Mtr. 42,- 60,- 85,-
150/100 cm breit, Mtr. 75,- 1.10 1.40

Bettbarchent und Dreil
80 cm breit Mtr. 65,- 80,- 1.15
120/130 cm breit, Mtr. 95,- 1.35 1.65

Bedruckte Couverture, Cretonne u. Satin
80/82 cm breit . . . Mtr. 33,- 60,-
130 cm breit . . . Mtr. 95,- 65,-

Hemdenflanelle, uni, gestreift und kariert . . . Meter 27,- 35,- 50,- 65,- 75,-
Bettücher, weiss und farbig 1.25 1.85 2.35 2.70

Pelz-Piqué u. Croisé, bedruckt Flanel
70/78 cm br., Mtr. 28 38 45 50 58,-

Damast, gebleicht
130 cm breit . . Mtr. 68,- 1.00 1.20

Handtuchzeuge
Meter 13,- 25,- 30,- 38,- 45,-

Fertige Betten
bestehend aus Deckbett und 2 Kissen,
Nr. 1 2 3 4
18.75 25.60 32.80 39.00

Bettstellen für Erwachsene u. Kinder, Matratzen, Steppdecken, Bettfedern.

W. Boländer Kaiserstr. 121. 4585

Neu eingetroffen
ca. 400 Meter
bessere Herren-Kleider, Paletots-, Ulster-,
Loden- und Costümfest-Reste.
Es sind nur ausgesuchte prima Qualitäten, neueste Muster und
erstklassige deutsche sowie echt englische Fabrikate
per Meter 2.30 2.50 2.80 3.- 3.40 3.90 4.40
4.70 4.90 5.40 5.80 6.40 6.70 7.-
7.30 7.70 8.-
Sehr lohnend für Schneider und Wiederverkäufer.
Lagerbesuch ohne Kaufzwang. — Muster werden keine abgegeben.

Arthur Baer
Kaiserstrasse 133, 1 Treppe hoch.
Ecke Kaiser- und Kreuzstrasse. 4453

Bekanntmachung.
Die Lieferung von Materialien und Werkzeugen für
den Mädchenhandarbeitsunterricht der städtischen Volks-
schulen ist für das Jahr 1914 zu vergeben, und zwar:
Gemden- und Schürzenstoffe, Baumwolle, Wolle, Häfelgarn,
Faden, Kongreßdecken, Strick-, Häfel- und Nähadeln, Strick-
und Häfeladeln, Häfel-, Rechenhefte und Musterpapier.
Muster für die Materialien und Werkzeuge können auf unserer
Geschäftsstelle, Kreuzstrasse 1, 3. Stock, Zimmer Nr. 27, täglich
von 8-12 und 2-6 Uhr, Samstags von 10-1 Uhr eingesehen
werden. Dasselbst sind auch Angebotsformulare und Lieferungs-
bedingungen unentgeltlich zu erhalten.
Angebote sind verschlossen, mit der Aufschrift „Mädchen-
handarbeitsunterricht“ versehen und unter Vorlage von
Muster bis zum 14. November, vormittags 9 Uhr, bei
uns einzureichen.
Karlsruhe den 4. November 1913. 4543
Das Volksschulrektorat:
Dürz. Gebeisen.

Bekanntmachung.
Bei der Verwaltung des städtischen Krankenhauses ist die
Stelle eines Bürobeamten alsbald zu besetzen. Verlangt wird
kaufmännische Erfahrung in der Nahrungsmittelbranche, ferner
Gewandtheit im Maschinenschreiben und in der stenographie
nach System Gabelberger. Bewerbungen sind innerhalb vier
Wochen unter Angabe der Gehaltsansprüche bei der Verwaltung
des städtischen Krankenhauses einzureichen. Militärärzte erhal-
ten den Vorzug. 4544
Karlsruhe, den 8. November 1913.
Der Stadtrat:
Dr. Paul. Beller.

Bekanntmachung.
Wir suchen zum sofortigen
Eintritt einen in der Pflege
Geisteskranker ausgebildeten,
durchaus zuverlässigen 4542
Krankenwärter.
Vorlage eines Lebenslaufes
und der Zeugnisse über die bis-
herige Tätigkeit erforderlich.
Karlsruhe, 4. Novemb. 1913.
Städt. Krankenhaus.

Kartoffeln
Industrie gelbfläch.
Zentner M. 2.50
**Salat-
Kartoffeln**
Mäuse
solange noch Vorrat
Zentner M. 7.50
**Speise-
Zwiebeln**
Golländer
Zentner M. 5.50
für hier frei Keller
nach auswärts frei
Bahnhof
liefert 4541

Bucherer
Jähringerstr. 42/44.
Telephon 392.
Bestellungen nehmen
meine sämtlichen Filialen
entgegen.

Herren- Anzug-Stoffe
Paletot-Stoffe
Ulster-Stoffe
Hosen-Stoffe
in deutschen und englischen Fabrikaten, kaufen Sie am
vorteilhaftesten
im Spezialhaus
Carl Büchle Herrenstr. 7,
zwischen Kaiserstr. und
Schlossplatz.
Inh.: Kohlmann & Braunnagel. 5342

